Beschlussbuch

5

Jusos Region Hannover

Unterbezirkskonferenz 2017

Inhaltsverzeichnis

	Arbeitsprogramm 2017/2018 der Jusos Region Hannover: „Unpolitisch sein heißt politisch sein, ohne es zu merken!“ Keine Zukunft ohne uns!	4
	Antragsbereich: Bildung	14
5	B1 – Jede*r kann Leben retten.....	14
	B2 – Kostenlose Bereitstellung von Lehrmaterialien an Schulen.....	15
	B3 – Inklusion in der Schule ist ein Menschenrecht.....	16
	B4 – Ein Recht auf Hitzefrei für alle Schüler*innen in Niedersachsen	17
10	B5 – Interaktive Tafeln inklusive Internetzugang an staatlichen Schulen als Grundmaterial ab der SEK I. in Niedersachsen	18
	Antragsbereich: Europa und Internationales	19
	E1 – Selbsteintrittsrecht bewahren!	19
	E2 – Sofortige Ächtung von Atomwaffen weltweit.....	20
	Antragsbereich: Feminismus	22
15	F1 – Neufassung des TSG: Auch die Würde von Trans*menschen ist unantastbar	22
	F2 – Mehr Gleichberechtigung – Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser fördern	24
	F3 – Wessen Welt ist die Welt? – Öffentlichen Raum für junge Menschen erkämpfen, bewahren und ausbauen.....	26
	Antragsbereich: Gesundheit und Soziales	29
20	G1 – Verhütungsmittel sind Grundrecht und kein Privileg – Für die Erstattung der anfallenden Kosten für Verhütungsmittel!	29
	G2 – Bürgerversicherung.....	30
	G3 – Kostenübernahme für Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten.....	34
	G4 – Fernsehunterhaltung barrierefrei gestalten neu Formulierung	35
25	G5 – Bezahlung für ärztliche Beratung.....	36
	G6 – Mehr Geld und weniger Stress fürs Pflegepersonal durch mehr Arbeitsstellen	37
	Antragsbereich: Inneres und Kommunales	38
	K1 – Heinz muss bleiben!	38
30	K2 – Kein Alkohol ist auch keine Lösung! Resolution gegen Alkoholkonsumverbote im ÖPNV oder im öffentlichen Raum	39
	K3 – Fahrräder	41
	K4 – Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus	42
	K5 – Tiefseehafen am Maschsee	43
	K6 – Einführung einer Sperrklausel bei Kommunalwahlen.....	44
35	K8 - Bekämpfung von Institutionellem Rassismus in der Polizei.....	45
	K9 – Umweltschutz ermöglichen - 11-Punkte-Plan für ein ökologischeres Hannover	47
	K10 – Übertragung der Sitzungen kommunaler Gremien der Region Hannover im Internet	49
	Antragsbereich: Organisation	50
	O1 – Gremienzeiten	50
40	O3 – Gegen den Verpackungsmüll im Wahlkampf	51

	O6 – Möglichkeit zur politischen Mitarbeit verbessern – Migranten den Einstieg in die SPD erleichtern	52
	Antragsbereich: Wirtschaft, Finanzen und Arbeit	54
	W1 – Abgeltungsteuer für Kapitaleinkünfte abzuschaffen	54
5	W3 – Verpflichtende Einführung neutraler Bewerbungen	57
	W5 – Kirchenaustritt vereinfachen – Austritt ohne Gebühr	58
	W9 – Mehr Studienplätze und besser bezahlte Ausbildungsplätze in „Mangelberufen“	59
	W10 – Integration durch Arbeit - Diskriminierung verhindern	60
	Antragsbereich: Sonstiges	61
10	X1 – Wahlrecht auf 16 senken	61
	X2 – Impressumspflicht sachgerechter und rechtssicherer ausgestalten.....	62
	X3 – Einführung des Tags der Befreiung als gesetzlichen bundesweiten Feiertag	65
	Initiativantrag „Mobilfunkmasten für Wunstorf“	66

15

**„Unpolitisch sein heißt politisch sein, ohne es zu merken!“
 Keine Zukunft ohne uns!**

5 2017. Es wird politisch kein leichtes Jahr. So furchtbar das Vorjahr mit der Silvesternacht am Kölner Dom begonnen hat, endete es mit dem schrecklichen Attentat auf dem Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche. Dazwischen lagen der Brexit, der US-Wahlsieg von Donald Trump und manche Erfolge der Rechtspopulist*innen. Und man wird uns auch noch mit weiteren großen Herausforderungen konfrontieren.

10 Doch gerade in solch einer schwierigen gesellschaftlichen Zeit ist es umso entscheidender und wichtiger, als eine aktive internationalistische, feministische, antifaschistische und sozialistische Jugendorganisation für Demokratie zu kämpfen. Hier handelt es sich nicht nur um eine Auseinandersetzung unterschiedlicher Kräfte um die Gestaltungsmacht der Gegenwart – es geht um die langfristige Ausrichtung unserer demokratischen Gesellschaft,
 15 unserer Wertedemokratie.

Schon bei den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr haben wir gezeigt, dass wir Jusos Region Hannover eine laute Stimme sind, die eine enorm große Entscheidungskraft innerhalb unseres Gesamtverbandes, der SPD sowie auch in anderen gesellschaftspolitischen
 20 Bereichen besitzt. Mit der Fähigkeit und Kraft möchten wir die nächsten Etappen bestreiten.

Wir wollen weiter mit all unserer Stärke und Geschlossenheit auftreten, begleitet von einem klaren politischen Kompass und den richtigen inhaltlichen Zielen für die Zukunft streiten. Wir haben Ansprüche an unsere Zukunft – und diese wollen wir auch erheben. Keine Zukunft
 25 ohne uns – deshalb Jusos!

Kulturelles

Neumitgliederabende

30 Die Neumitgliederabende des vergangenen Jahres haben gezeigt, dass in unserem Unterbezirk großes Interesse an diesem Format besteht und in regelmäßigen Abständen gerne viele neue Mitglieder zu diesen Abenden kommen, um sich über unsere Strukturen, unsere inhaltlichen Grundsätze und natürlich die Beteiligungsmöglichkeiten auf den vielen unterschiedlichen Ebenen unseres Verbandes zu informieren. Auch das gegenseitige
 35 Kennenlernen kommt nicht zu kurz, sodass viele Gesichter hier zum ersten und nicht zum letzten Mal auftauchen. Diese Resonanz freut uns sehr und ist gleichzeitig die Motivation dafür, Neumitgliederabende weiterhin regelmäßig stattfinden zu lassen.

Besuche von Einrichtungen

40 Wir wollen im Jahr 2017/2018 Parlamente, öffentliche Einrichtungen der Daseinsvorsorge

und ähnliche Institutionen besuchen, um einen Einblick für unsere Arbeit zu bekommen. Genaueres bereiten die einzelnen Arbeitskreise vor.

Team-Building

- 5 Ein Unterbezirksvorstand funktioniert in unserem Verständnis als ein Team, in dem gegenseitige Rücksichtnahme gefragt ist und unser Grundsatz der Solidarität gelebt werden soll. Um dieses Teamgefüge zu stärken möchten wir als Vorstand über die Sitzungen, Veranstaltungen und Aktionen hinaus zusammenzufinden.

10 **Organisatorisches**

Vollversammlung als Gremium beibehalten

- 15 Die Vollversammlung ist zwischen den Unterbezirkskonferenzen das Höchste beschlussfassende Gremium im Unterbezirk. Gerade im vergangenen Jahr haben dank einer vom Unterbezirksvorstand verfassten Übersicht die Arbeitsgemeinschaften die Vollversammlung in sehr regelmäßigem Rhythmus stattfinden lassen. Wir wünschen uns sehr, dass die Arbeitsgemeinschaften auch im kommenden Jahr diesen Rhythmus beibehalten und stehen hierbei gerne unterstützend zur Seite.

20 Mitgliederbetreuung, -aktivierung und -gewinnung

- Ein Unterbezirk ist nur so stark wie seine Mitglieder – deshalb möchten wir uns für aktive, motivierte (Neu-)Mitglieder einsetzen. Mithilfe von Neumitgliederabenden und speziellen Frauen*abenden möchten wir allen Juso-Mitgliedern aus der Region die Möglichkeiten geben, die Jusos selbst und den Unterbezirk kennenzulernen. Auch möchten wir
- 25 neugegründete oder bisher nicht im Unterbezirk aktive Arbeitsgemeinschaften weiterhin unterstützen, indem wir als Gesamtvorstand als Ansprechpartner*innen die neu gegründeten Arbeitsgemeinschaften bei ihrer Arbeit unterstützen sowie bei Fragen und Problemen weiterhelfen.
- 30 Durch die Förderung von Frauen*, Menschen mit Migrationsbiographie, Schüler*innen, Auszubildenden, Studierenden, Menschen mit Handicap und ohne erhoffen wir uns eines: einen bunten, engagierten und aktiven Unterbezirk, in dem sich alle willkommen fühlen und sich gerne engagieren!

(Barrierefreie) Homepage

- 35 Ein wichtiger Teil unserer Darstellung gegenüber der Partei und des Verbandes, ebenso außerhalb unserer Strukturen gegenüber Presse und Bündnispartner*innen ist unsere Homepage. Daher werden wir diese weiterhin pflegen und aktuell halten und die technischen Möglichkeiten für eine Homepage für alle Mitglieder ausnutzen.

40 **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

- Unsere bisherige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit möchten wir in diesem Jahr weiterhin aktiv gestalten, gezielt Schwerpunkte setzen und diese intensiv bearbeiten. Der erste wichtige Aspekt ist, dass wir die Anzahl der veröffentlichten Pressemitteilungen, die an
- 45 regionale Zeitungen versendet werden, steigern möchten, dass die Jusos Region Hannover in der Öffentlichkeit eine verstärkte Präsenz zeigen. Somit soll der bereits bestehende Kontakt zur Presse intensiviert werden. Des Weiteren planen wir, unsere Homepage, die als unser wichtiges Organ der Öffentlichkeitsarbeit fungiert, auszubauen. Eine Aktualisierung der

Vorstellung des Unterbezirksvorstandes ist zuerst vorzunehmen. Ferner soll die Homepage stärker zur Vorstellung der einzelnen Arbeitskreise (AK) dienen, sodass eine Mitarbeit in den verschiedenen Bereichen attraktiver wird und die Anzahl der beteiligten Mitglieder in den Arbeitskreisen ansteigt. Die Nennung der AK Leitung erscheint uns hierbei als wichtige Ergänzung, um Interessierten eine Überarbeitung der Vorstellung der AGen vorgesehen. Die bisher vorhandenen Informationen zu den Ansprechpartner*innen können durch Bildmaterial aufgestockt werden. Die Arbeit in den sozialen Netzwerken bleibt neben der Homepage-Arbeit ebenso wichtig, um die Arbeit unseres Verbandes zu präsentieren. Die Facebook- Seite hat inzwischen über 827 „Gefällt mir“ –Angaben. Dies ist ein Anstieg zum vergangen Jahr und verdeutlicht die Wichtigkeit unserer Präsenz in sozialen Netzwerken. Durch den Anstieg der „Gefällt mir“ – Angaben erreichen wir eine immer höhere Reichweite im Netz. Wir planen eine Verlinkung der Facebook- Seite auf der Homepage, um eine höhere Aktualität gewährleisten zu können. Weiterhin werden wir Twitter nutzen, da unsere Nachrichten über diese Plattform ebenfalls viel Feedback erhalten.

15

Awareness

Die Jusos Region Hannover haben im vergangenen Jahr erstmals ein Awareness Team gebildet, um eine verbandsinterne Anlaufstelle gegen Sexismus und Diskriminierung zu schaffen, um Genoss*innen bei persönlichen Grenzverletzungen zu unterstützen und um für das Thema zu sensibilisieren. Dazu gehört auch Bildungs- und Aufklärungsarbeit im Awareness-Bereich. Diese Arbeit wollen wir im kommenden Jahr fortsetzen und ausbauen. Dazu wird der Vorstand wieder ein Awareness-Team benennen, das bei Problemen ansprechbar ist und Betroffenen beisteht, sowie gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit der Partei Lösungen sucht.

25

Höhere Juso-Ebenen

Die Jusos Region Hannover sind der größte Unterbezirk der Welt. Dieser Umstand verleiht uns auf der einen Seite viel Einfluss andererseits bringt es uns aber auch in ganz besondere Verantwortung für unseren Verband - insbesondere auf der Bezirks- und der Landesebene. Mit detaillierten sowie verbandsöffentlichen Vorbesprechungen zu den Konferenzen, mit professionellem Auftreten unserer jeweiligen Delegationen, mit vielen verantwortungsvollen Funktionsträger*innen aus der Region Hannover auf den höheren Ebenen in unserem Verband und mit der intensiven Arbeit im Bezirksbeirat und im Landesausschuss füllen wir diese Sonderrolle aus und bringen so unseren Verband auch über die Grenzen der Region Hannover hinaus voran.

30

35

Gerade in den bevorstehenden Monaten mit einer Bundestags- und einer Landtagswahl brauchen wir und die SPD auf allen Ebenen starke Jusos, die organisatorisch schlagkräftig, personell nachhaltig und inhaltlich klar und fundiert arbeiten. Dazu tragen wir Jusos Region Hannover bei, indem wir die Bezirks- und die Landesebene personell stärken und natürlich inhaltlich klare Akzente setzen.

40

Auch die Vernetzung mit Jusos aus dem gesamten Bezirk und aus ganz Niedersachsen auf Seminaren, Denkfabriken, Verbandswochenenden und anderen Veranstaltungen stellt für uns einen wesentlichen Teil des Verbandslebens dar, an dem alle Mitglieder unseres Unterbezirks mitwirken können und sollten.

45

Wir und die SPD

Wir Jusos sind die Jugendorganisation der SPD und fühlen uns in kritischer Solidarität
5 unserer Mutterpartei verbunden. Als Teil der SPD engagieren wir uns für unsere politischen
Vorstellungen und wollen sie nach unseren Maßstäben gestalten. Wir sind aber mehr als
das: Wir sind die stärkste und einflussreichste progressive Kraft innerhalb der SPD. Wir
sehen uns außerdem als Stimme von vielen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen
10 innerhalb unserer Gesellschaft. In diesem Sinne möchten wir auch weiterhin in der Region
dieser politischen Gestaltungsrolle treu bleiben und eisern hinter diesem
Handlungsanspruch stehen.

Eine zentrale Aufgabe in diesem Jahr ist die Vorbereitung des SPD-Unterbezirksparteitages
und SPD-Stadtverbandsparteitages. Wir wollen mit einer professionellen Vorbereitung
15 politische Mehrheiten für die richtigen inhaltlichen und personellen Entscheidungen finden.
Mit eigenen Anträgen, Wahlempfehlungen und einer Vorbesprechung für die Juso-
Delegierten wollen wir dies bewirken. Beide Parteitage stehen aber aus zwei weiteren
Gründen in einem besonderen Fokus: Sie gelten als Vorbereitung auf wichtige Wahlen Mitte
September 2017 und am 14. Januar 2018. Wir wollen die organisatorischen und inhaltlichen
20 Weichen für einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf sowie für den erneuten Sieg bei der
Landtagswahl stellen. Unser Ziel muss es sein, alle vier Bundestagswahlkreise zu gewinnen
und den Anteil der direkt gewonnenen Landtagswahlkreise in der Region Hannover zu
erhöhen.

25 Ausstattung

Um in beiden Wahlkämpfen ein einheitliches und geschlossenes Auftreten von uns Jusos der
Region Hannover zu ermöglichen, wollen wir Kleidung mit Verbandsnamen/Symbolen und
eventuell mit Vornamen anschaffen. Als mögliche Kleidungsstücke kommen für den
30 Sommerwahlkampf vor allem T-Shirts, für den Winterwahlkampf Pullover, Mützen und Schals
in Frage. Je nach Anschaffungspreis ist es möglich, dass die wahlkämpfende Person einen
Eigenanteil des Preises erbringen muss. Natürlich kann von dieser Regelung im Einzelfall
abgewichen werden.

35

ARBEITSKREISE

Arbeitskreis Bildung

Bildung betrifft alle Menschen. Aus diesem Grund ist unsere zentrale Aufgabe, dass der
40 Arbeitskreis Bildung im Jahr 2017/2018 weiter ausgebaut wird und sich zu einem festen
Bestandteil in dem Juso-Unterbezirk Region Hannover etabliert.

Grundsätzlich wird die Fragestellung fokussiert, wie wir uns ein gutes und gerechtes
Bildungssystem vorstellen. Wir sehen den AK Bildung als geeigneten Arbeitskreis für
Schüler*innen, Studierende und Auszubildende, da sich diese täglich mitten im Geschehen
45 der Auswirkungen von Bildungspolitik aufhalten und dadurch thematisch äußerst
sensibilisiert wurden. In diesem Zusammenhang ist an einer engen Zusammenarbeit mit

beispielsweise der Juso Hochschulgruppe Hannover, der Arbeitsgemeinschaft für Bildung der SPD und den Ebenen der Juso-Schülis zu arbeiten.

5 Uns ist es wichtig festzuhalten, dass Bildung für uns nicht nur in Institutionen stattfindet, sondern ein gesellschaftlicher und vor allem lebenslanger Prozess eines jeden Individuums darstellt. Chancengleichheit ist für uns ein sozialdemokratisches Kernanliegen.

10 Primär möchten wir aktuelle bildungspolitische Themen aufgearbeitet und uns anhand verschiedener Formate mit diesen auseinandersetzen. Themen wie Inklusion an Bildungseinrichtungen, Chancengleichheit und Genderdiversity sollen Teil unserer Arbeit im kommenden Jahr sein. In diesem Rahmen sind Kooperationen mit anderen Arbeitskreisen wünschenswert.

Arbeitskreis Europa und Internationales

15 Die Welt scheint auch im Jahr 2017 nicht zur Ruhe zu kommen. Zum Neujahr erreichte uns die traurige Nachricht, dass viele Menschen in der türkischen Metropole Istanbul Opfer eines grausamen Anschlages wurden. Jede Hoffnung um Syrien verfliegt von Jahr zu Jahr. Aleppo ist das Symbolbild dieses schrecklichen Krieges geworden. Die internationale Lage scheint zugespitzter denn je zu sein. Die Gräben zwischen den USA und Russland vertiefen sich wieder drastisch seit dem Ende des Kalten Krieges. Und die Europäische Union ist nicht zuletzt schon seit dem Brexit in einer Phase großer Herausforderungen.

20 Als internationalistischer Richtungsverband möchten wir Jusos im AK Europa und Internationales jedoch nicht den Mut verlieren. Wir wollen uns durch kleine Schritte dem Weltfrieden nähern und durch ein klares europäisches Bekenntnis den Zusammenhalt innerhalb der EU stärken. Wir wollen in diesem Jahr zahlreiche öffentliche Veranstaltungen organisieren, bei denen wir gemeinsam mit Expert*innen über internationale Konflikte und Kriege (z.B. am 16. März 2017 mit dem Außenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Niels Annen) sowie über die Zukunft von Europa diskutieren. Als große Festwoche soll die Europa-Woche im Mai sowie der offizielle Europa-Tag der EU behandelt werden. Wir möchten eine EU-Woche mit einem spannenden und vielfältigen Programm organisieren.

Arbeitskreis Feminismus

35 Im letzten Jahr haben wir viele gute Beschlüsse zum Thema Feminismus gefasst und auf anderen Ebenen vorangetrieben aber es gibt wie immer noch viel zu tun. Weiterhin wollen wir uns mit (queer-)feministischen Themen auseinandersetzen und unser eigenes Verständnis von Feminismus schärfen.

40 Sexistische Werbung verfolgt uns auf Schritt und Tritt, Frauen* werden im Arbeitsleben schlechter bezahlt, Frauen* werden nach wie vor wesentlicher häufiger Opfer von häuslicher, sexueller oder sexualisierter Gewalt und von einer gleichen Verteilung der Reproduktionsarbeit sind wir meilenweit entfernt,.... Die Liste an Problemen ist noch immer schier endlos. Was also anderes tun als kämpfen? Kämpfen für eine Gesellschaft, in der Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung tatsächlich
45 Seit an Seit leben, ohne sich um Stereotype, Sexismus und Diskriminierung kümmern zu müssen! Kämpfen für eine Gesellschaft, in der patriarchale Unterdrückungsmechanismen

nicht mehr greifen! Kämpfen für eine Gesellschaft, in der alle selbstbestimmt und frei leben können! Das ist das Ziel von Feminismus!

Frauen*förderung

- 5 Auch in unserer Partei und unserem Verband sind Frauen* nach wie vor unterrepräsentiert. Mit gezielter Frauen*förderung wollen wir diesem Missstand entgegen wirken und mehr Frauen* für die Mitarbeit in unserem Verband und unserer Partei begeistern.

Equal Pay-Day und Weltfrauen*kampftag

- 10 Frauen* verdienen immer noch durchschnittlich 22 Prozent weniger als Männer* – für gleiche oder gleichwertige Arbeit. Frauen* müssen also fast drei Monate länger arbeiten, um auf das Jahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu kommen. Der Equal Pay Day markiert diesen Tag. Wie jedes Jahr wollen wir uns im kommenden Jahr selbst mit einer Aktion zum Equal Pay Day beteiligen.
- 15 Auch zum 106. Internationalen Frauen*kampftag im März 2017 besteht zur Gleichstellung der Geschlechter noch dringender Handlungsbedarf und wir wollen mit einer Aktion darauf aufmerksam machen.

Frauen*abende

- 20 Wir möchten dieses beliebte Format gerne fortsetzen und neu aufleben lassen. Wir wollen spannende Frauen* als unsere Gäste zu Abendveranstaltungen begrüßen und gemeinsam mit ihnen und euch zu unterschiedlichsten Themen diskutieren, uns ihre Geschichten anhören, mit ihnen streiten und von ihnen lernen.

CSD/Kampf gegen Homophobie

- 25 Für sexuelle Vielfalt und Toleranz wollen wir auch 2017 in Hannover auf die Straße gehen. Gemeinsam mit den Jusos der Bezirksebene wollen wir uns dafür stark machen, dass es wieder einen SPDqueer-Truck auf dem CSD gibt und unsere Genoss*innen von den SPDqueer vor Ort unterstützen. Außerdem möchten wir an Tagen wie dem internationalen Tag gegen
- 30 Homophobie, Transphobie und Biphobie (17. Mai) z.B. bei Facebook auf die Diskriminierung dieser Gruppen aufmerksam machen.

Arbeitskreis Inneres

- 35 Im vergangenen Jahr wurde ersichtlich, dass es Rechtspopulist*innen teilweise gelingt, Ängste bei unseren Mitbürger*innen zu schüren und Hetze zu verbreiten. Dieser Zustand ist für uns zu keiner Zeit akzeptabel und in höchstem Maße verwerflich. Rechte Stammtischparolen im Alltag, Hate Speech im Internet und fremdenfeindliche Schmierereien haben in unsere Region Hannover keinen Platz, denn wir halten dagegen! Somit sehen wir
- 40 unsere Aufgabe als Arbeitskreis Inneres in diesem Jahr weiterhin in dem Kampf gegen rechte Parolen, dem Ausbau der Toleranz gegenüber Schutzsuchenden und der Aufklärung über Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Region Hannover sich weiterhin zum multikulturellen Gedanken bekennt und sich unsere Gesellschaft diese Werte von den Miesmacher*innen und Hetzer*innen beispielsweise
- 45 seitens der AfD nicht absprechen lässt. An entsprechenden Demonstrationen werden wir Jusos uns weiterhin beteiligen und somit Widerstand gegen Demonstrationen rechter Gruppierungen leisten. Wir stehen für die Solidarität, Weltoffenheit und den gegenseitigen Respekt in der Region Hannover ein!

Innere Sicherheit

Da rechte Gruppierungen und Parteien Geschehnisse in der Innenpolitik stets für ihren gelebten Rechtspopulismus instrumentalisieren und somit zunehmend an medialer und gesellschaftlicher Präsenz gewinnen, werden wir an Formaten arbeiten, um unsere

5 Mitbürger*innen über die innere Sicherheit in der Region Hannover aufzuklären, sodass die Hetze der Rechtspopulist*innen keinen Nährboden findet. Des Weiteren möchten wir uns mit religiösem Extremismus befassen...

Hierbei streben wir stets nach dem Ziel der gesellschaftlichen Courage.

10 Teilnahme an Demonstrationen

Weiterhin planen wir als AK Inneres, eine starke Präsenz bei Demonstrationen gegen die AfD, den „Bürgerprotest Hannover“ und weitere rechte Gruppierungen zu zeigen. Wir wollen sowohl regional als auch überregional an Anti-Nazi-Demos, Gegenkundgebungen und Blockaden teilnehmen. So werden wir uns weiterhin an der Gegendemonstration zum

15 Aufmarsch in Bad Nenndorf beteiligen.

Zusammenarbeit mit Geflüchteten

Wir heißen unsere neuen Nachbar*innen herzlich willkommen. Die Solidarität mit Geflüchteten ist für uns nicht anzuzweifeln. Daher werden wir uns dafür einsetzen, unsere

20 Gesellschaft in der Thematik der Asyl- und Flüchtlingspolitik zu sensibilisieren und dieses Thema durch Abendveranstaltungen oder Workshops vertiefen.

Obdachlosigkeit

Obdachlosigkeit ist vor allem in den kälteren Jahreszeiten in unserem Alltag präsent. Um dieses Thema aufzuarbeiten, werden wir Expert*innentreffen durchführen und uns mit der

25 Lage von obdachlosen Mitbürger*innen in der Region Hannover auseinandersetzen.

Arbeitskreis Soziales Arbeit Wirtschaft

30 Arbeit, Wirtschaft und Soziales waren und sind die Kernthemen der Sozialdemokratie und des Sozialismus und trotzdem aktueller denn je. Als Arbeitskreis (AK SAW) der diese Themen vertritt möchten wir uns dieses Jahr mit den folgenden Themen insbesondere beschäftigen:

Da uns die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen besonders am Herzen liegt, wollen wir uns kritisch mit dem Bundesteilhabegesetz auseinandersetzen, da wir es ablehnen, weil es den Betroffenen häufig keine Vorteile bietet. Wir planen zudem eine Werkstatt für Behinderte Menschen zu besuchen, um den dortigen Alltag besser zu verstehen und mit dem neuerfahrenen Wissen Verbesserungen in diesem Bereich diskutieren zu können. Weiterhin soll das Thema Barrierefreiheit beleuchtet werden.

35

40 Auf Bundesebene wurden erste Überlegungen zum Thema Arbeit und Wirtschaft 4.0 im Weißbuch festgehalten. Wir wollen uns mit diesen kritisch auseinandersetzen. In diesem Zusammenhang werden wir ein Seminar veranstalten, in welchem wir zum Beispiel die Gefahren und Chancen von Arbeit 4.0 näher betrachten wollen. Eine Gefahr der Digitalisierung der Arbeit und der immer größeren Vernetzung ist die ständige Erreichbarkeit der einzelnen Arbeitnehmer*innen. Hierzu werden wir inhaltliche Arbeit betreiben. Auch soll die Weiterbildung der Arbeitnehmer*innen eine zentrale Rolle spielen um sie für die Herausforderungen der Zukunft zu wappnen.

45

Gesundheit und Pflege sind zentrale Themen, welche jeden Menschen betreffen, jedoch gerade von der Politik in vielen Bereichen einen zu geringen Stellenwert erfahren, dies möchten wir ändern. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass bundesweit ein verbindlicher Pflegeschlüssel geschaffen wird, welcher den Anforderungen der Menschenwürde von Kranken und zu pflegenden Personen gerecht wird. Die ambulante Pflege soll in diesem Zusammenhang ebenfalls eine besondere Rolle spielen. Außerdem wollen wir uns unvoreingenommen mit der Sinnhaftigkeit der wirtschaftlichen Ausrichtung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen beschäftigen, da sich die Frage aufdrängt ob es sinnvoll ist private Entnahmen aus einem solidarisch finanzierten System zu ermöglichen.

Ein weiterer inhaltlicher Punkt unserer Arbeit wird das Thema Verteilungsgerechtigkeit sein. Hierbei soll es unter anderem um Beitragsparität bei Sozialversicherung sowie um ein gerechteres Steuersystem.

Um diese Punkte zu verwirklichen möchten wir uns monatlich treffen und dabei natürlich auch über tagespolitische Entwicklungen debattieren.

Arbeitskreis Umwelt, Netzpolitik, Verbraucher*innen- und Tierschutz

Der Arbeitskreis Umwelt, Verbraucher*innen- und Tierschutz wird sich im kommenden Jahr mit verschiedenen umweltpolitischen, verbraucher*innen- und tierschutzpolitischen Aspekten befassen. Der Arbeitskreis möchte durch seine Arbeit dazu beitragen, dass unsere Umwelt und unser Planet weiterhin lebenswert bleiben; denn ansonsten rücken andere Ziele wie soziale Gerechtigkeit und Frieden in weite Ferne.

Der Arbeitskreis plant eine Veranstaltung (ggf. als Wahlkampfveranstaltung) zu einem aktuellen Arbeitskreis-Thema (z.B. Entwicklung TTIP im Rahmen Trump). Darüber hinaus wollen wir mit anderen Arbeitskreisen und Projektgruppen in übergreifenden Themen (Projektgruppe Freifahrtschein) zusammenarbeiten.

Umwelt
Zum Klimaschutz sollen im kommenden Jahr die Themen Elektromobilität und der Infrastrukturausbau stärker ins Auge gefasst werden. Wir wollen mit Carsharing-Anbieter*innen unter anderem über die Elektromobilität sprechen.

Verbraucher*innenschutz / Netzpolitik
In diesem Jahr wollen wir uns neben den Themen Umwelt, Verbraucher*innenschutz und Tierschutz auch mit dem Thema Netzpolitik beschäftigen. Gerade Datenschutz und der Einfluss von Social-Media sollen in diesem Bereich die Kernthemen bilden. Themenschwerpunkt könnte hier die Arbeit gegen immer stärker werdendes rechtes Gedankengut in den sozialen Medien sein.

Auch wollen wir uns mit TTIP und TISA beschäftigen. Außerdem wollen wir als Jusos bei Giveaways und der täglichen Arbeit darauf achten, Verpackungsmüll zu vermeiden.

Tierschutz
Weiterhin wollen wir uns für eine artgerechte Tierhaltung einsetzen z.B. intensive Befassung mit dem Schutz von Haustieren sowie die Artgerechte Tierhaltung im

Landwirtschaftlichen Bereich. Im Rahmen dessen wollen wir uns mit einem regionalen Tierheim treffen.

PROJEKTGRUPPEN

5 Projektgruppe „Arbeiter*innenlieder“

Im vergangenen Jahr hat der Juso-Unterbezirksvorstand die Projektgruppe Liederbuch eingerichtet. Auf dem Weg zum eigentlichen Gründungsziel dieser Projektgruppe - die Erstellung eines Arbeiter*innenlieder-Buches des Juso-Unterbezirkes - sind einige Fragen und Diskussionspunkte aufgetaucht, mit denen sich die Projektgruppe und hoffentlich viele weitere interessierte Genoss*innen intensiver auseinander setzen wollen. Um diesem Wunsch eine Plattform zu bieten, wird eine Projektgruppe Arbeiter*innenlieder eingerichtet, die sich mit der Pflege und Reflexion von Liedgut aus der Arbeiter*innen-Bewegung beschäftigt. Neben den Themen, die sie auf ihren unregelmäßig stattfindenden Treffen selbst setzt, ist die Projektgruppe Arbeiter*innenlieder dafür zuständig, den mittlerweile zur Tradition herangewachsenen Arbeiter*innenlieder-Abend im Vorfeld des 1. Mai zu veranstalten. - Ihn also zu organisieren, einzuladen und durchzuführen.

Projektgruppe „Jugend-NetzCard“

Nachdem wir in einem langen innerparteilichen Prozess und in vielen Verhandlungen mit der Fraktion und der Regionsverwaltungsspitze einen Beschluss zu unserem "Freifahrtschein" ausverhandelt haben, gilt es nun unsere zentrale Forderung aus dem Wahlkampf in die Gesellschaft hinein zu tragen. Es ist nämlich der Erfolg der Jusos und SPD, dass ab 2018 eine große finanzielle Entlastung für viele tausend von jungen Menschen und Eltern kommen wird. Zu dieser großen sozialpolitische Errungenschaft soll im Rahmen einer Projektgruppe ein Kommunikationsplan und eine regionsweite Kampagne herausgearbeitet werden. Auch an diesem Prozess soll sich wieder die breite Basis beteiligen - eine große Beteiligung ist sogar ausdrücklich erwünscht.

Projektgruppe Verbandsparty

Um im Superwahljahr auch das Vergnügen nicht zu kurz kommen zu lassen, wollen wir als Unterbezirk Hannover eine Verbandsparty organisieren. Als möglichen Zeitpunkt schlagen wir zwei Termine vor. Zum einen als Wahlkampfauftrag für die Bundestagswahl, zum anderen als Event zwischen den Wahlen. Im Falle einer absoluten Mehrheit im Bundestagswahlkampf verpflichtet sich der Unterbezirk eine Woche Verbandsparty mit jeder Menge Freibier und Essen zu veranstalten. Ein Veranstaltungsort und der genaue Zeitpunkt werden im Laufe des Jahres festgelegt. Zur Durchführung der Verbandsparty richtet der Unterbezirksvorstand im Rahmen seiner Auftaktklausur eine Projektgruppe ein.

Projektgruppe „Wahlkampf“

Bundestagswahl

Die Bundestagswahl im September 2017 wird entscheidende Weichen für unsere Zukunft stellen. Wir Jusos werden wieder gefordert sein, wenn es darum geht, sich für Fortschritt und Gerechtigkeit sowie eine friedliche und solidarische Gesellschaft zu positionieren. Einfache Antworten wird es bei der Wahl nicht geben. Hass und Populismus werden unsere

erbittertsten Gegner*innen sein. Das ist die wesentliche Herausforderung im bevorstehenden Wahlkampf. Für unsere konkrete Aktivität in der Region Hannover bedeutet es: durch einen engagierten und vielfältigen Wahlkampf möchten wir alle vier Wahlkreise gemeinsam mit unseren Kandidat*innen gewinnen. Auch in den Zweitstimmen möchten wir wieder zulegen und klar stärkste politische Kraft werden. Dafür brauchen wir in jedem Wahlkreis aktive Juso-Teams und einen kämpferischen Vorstand. Beidem müssen im Einklang miteinander für das beschriebene Ziel arbeiten. Es wird Zeit für eine Neuausrichtung der bundespolitischen Zukunft im Sinne der sozialen Gerechtigkeit, des gesellschaftlichen Friedens und europäischen Gemeinwohls.

10

Landtagswahlkampf

Am Ende des bevorstehenden Vorstandsjahres - nämlich um den nächsten Jahreswechsel - steht uns einer der wichtigsten Etappen dieses Jahres noch bevor: der Landtagswahlkampf. Auftakt in diesen Wahlkampf wird ein Winterfest der Jusos Region Hannover sein. Schließlich wird sich der Straßenwahlkampf in den Anfängen auf die Adventszeit und dann vor allem auf die erste Januarhälfte 2018 begrenzen. Der Wahlkampf wird also recht kurz und wahrscheinlich recht kalt. Umso wichtiger ist es, dass wir uns bewusst machen, worum es am 14. Januar geht: Wir wollen, dass unsere Idee des Freifahrtscheins, der in der Region Hannover nun umgesetzt wird, auch landesweit vorgebracht wird und wir in ganz Niedersachsen über kostenlosen ÖPNV für junge Menschen diskutieren. Wir wollen, dass es auch in den wachsenden Städten Niedersachsens sozialen Wohnungsbau und ausreichend bezahlbaren Wohnraum für alle gibt. Wir wollen, dass junge Menschen in der Öffentlichkeit ihre Plätze und Räume behalten oder zurückerobern können. Wir wollen eine starke Bildung von der Krippe bis zur Rente. Im Rahmen der Erstellung des Wahlprogrammes wollen wir uns aktiv für diese und weitere progressive Themen einsetzen und für die Einbindung ins endgültige Programm streiten. Kurzum: Es geht am 14. Januar darum, dass die SPD die gestaltende politische Kraft in Niedersachsen bleibt! Dafür haben wir im Januar 2013 gekämpft und gewonnen und so werden wir es auch im Januar 2018 tun.

30

Antragsbereich: Bildung

B1	B1 – Jede*r kann Leben retten	
	Antragsteller*innen: Juso-AG Südstadt-Bult	
	Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirkskonferenz, SPD-Landesparteitag	

Antragstext:

5 Wir fordern die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion auf, den Lehrplan der Schulen dahingehend zu reformieren, dass alle Schüler*innen ab dem Grundschulalter, jährlich einen Erste-Hilfe-Kurs absolvieren.

Begründung:

10 Jedes Jahr erleiden etwa 130.000 Menschen in Deutschland einen sogenannten plötzlichen Herztod und es kann jeden Menschen jederzeit treffen. Der plötzliche Herztod ist anders als der Name suggeriert nicht endgültig. Das Herz bleibt stehen, jedoch kann die betroffene Person, mit Hilfe von professionellen Rettungskräften, überleben. Die besonders kritische Phase ist jedoch die Zeit bis die Rettungskräfte eintreffen, dies dauert in Deutschland etwa 8-12 Minuten.

15 Jede Minute, in welcher die betroffene Person nicht reanimiert wird, verringert die Überlebenschance um 10%. Hier kommt die sogenannte Lai*innenreanimation ins Spiel. Die Wahrscheinlichkeit einen plötzlichen Herztod zu überleben steigt auf etwa das Doppelte, falls vor dem Eintreffen der Rettungskräfte von Passant*innen begonnen wurde zu reanimieren.

20 Leider ist Deutschland in Europa das Schlusslicht bei der Lai*innenreanimation, nur 30 Prozent der Deutschen helfen im Ernstfall. Daher sterben hierzulande etwa 180 Menschen pro Tag, weil sie nicht reanimiert wurden. In anderen Ländern, wie den Niederlanden oder Finnland, liegen die Quoten der Menschen, die reanimieren bei 65-80 Prozent. Falls wir unsere Quoten ebenfalls auf etwa 60 Prozent erhöhen könnten, würden jeden Tag ungefähr 90 Menschen in Deutschland mehr einen plötzlichen Herztod überleben.

In diesen Ländern ist häufig das Lernen der Lai*innenreanimation Teil des Schulunterrichts, bereits Grundschulkindern üben jährlich die Reanimation und so wird das Wissen und die Notwendigkeit bereits früh in der Bevölkerung verankert und ebenso die Angst vor der Situation deutlich reduziert.

25 Daher sollte Niedersachsen mit einem guten Beispiel vorangehen und den jährlichen Unterricht der Lai*innenreanimation als verpflichtend in den Lehrplan der Schulen aufnehmen.

B2

B2 – Kostenlose Bereitstellung von Lehrmaterialien an Schulen

Antragsteller*innen: Juso-AG NordOst

Weiterleitungen: Juso-Landeskonferenz;
SPD-Landesparteitag

Antragstext:

Hiermit beantragt die Juso AG NordOst, dass Lehrmaterialien (besonders Schulbücher) wieder kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

- 5 Bildung sollte kostenlos sein. Dies gilt nicht nur für den Unterricht, sondern auch für die dafür benötigten Lehrmaterialien. Die Anschaffung dieser fällt den Schülern / Eltern finanziell zur Last.

B3

B3 – Inklusion in der Schule ist ein Menschenrecht

Antragsteller*innen: Juso-AG NordOst

Weiterleitungen: Juso-Landeskonferenz;
SPD-Landesparteitag

Antragstext:

5 Menschen mit und ohne Behinderungen müssen in einer Gesellschaft gleichberechtigt teilhaben können. Das ist nicht nur eine Forderung der Selbstvertretung der Menschen mit Behinderungen, sondern es ist ein Menschenrecht. Denn, welchen Grund gibt es Menschen auf Grund ihrer Diversität
10 in einer unterschiedlichen Wertigkeit zu behandeln. Grundlage für eine Teilhabe ist Bildung. Daher fordert die UN BRK in Artikel 24 das uneingeschränkte Recht für Menschen mit Behinderung auf Bildung. Hierfür müssen Barrieren in der Bildung abgeschafft werden. Unser Schulsystem muss so umgestalten, das jede*r in dem entsprechenden Rahmen an der Bildung Teilhaben kann. Seit der Ratifizierung der UN BRK hat sich sehr viel getan. Nun ist es daran, diesen Weg weiter zu gehen. Dies
15 wird hohe Kosten verursachen, das ist klar. Doch die Frage ist, sind Menschenrechte in Geld messbar?

Menschenrechte, wie die inklusive Schule dürfen nicht an finanziellen Mitteln scheitern. Wenn Kinder mit und ohne Behinderungen beschult werden, kommt es nicht nur den behinderten zu gute.
20 Wenn wir Inklusion ernst nehmen, bedeutet dies, eine Gesellschaft zu schaffen, in der die Teilhabe aller Menschen Selbstverständlichkeit ist. Fängt dies in der Schule an, wirkt es sich auf alle anderen Bereiche der Gesellschaft aus.

Begründung:

20 Erfolgt mündlich.

B4

B4 – Ein Recht auf Hitzefrei für alle Schüler*innen in Niedersachsen

Antragsteller*innen: Juso-AG NordOst

Weiterleitungen: Juso-Landeskonferenz;
SPD-Landesparteitag

Antragstext:

Die Jusos AG Nord-Ost fordert vom Kultusministerium Niedersachsen, dass die Regelungen im Runderlass „Unterrichtsorganisation“ vom 20.12.2013 zum Thema „Hitzefrei“ in den Schulen Niedersachsens aufgelockert werden und die Möglichkeit für den Unterrichtsausfall auch für die Sekundarstufe II und für die allgemein- und berufsbildenden Schulen gelten, falls der Unterricht aufgrund hoher Temperaturen ab 30° Celsius nicht in den Rahmenbedingungen zu erfüllen ist.

Für Auszubildende sollte die ausgefallene Unterrichtszeit bei Hitzefrei im Jugendarbeitsschutzgesetz und dem Berufsbildungsgesetz als Arbeitszeit angerechnet werden, als hätte der Unterricht stattgefunden.

Begründung:

Durch die hohe Außentemperatur ist es auch für die Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufen und der allgemeinbildenden Berufsschulen kaum noch möglich am Unterricht teilzunehmen. Dies gilt ebenfalls auch für die Lehrkräfte und die Mitarbeiter an den Schulen. Ab einer Außentemperatur von 30° Celsius kann es in den Schulklassen zu einer höheren Zimmertemperatur kommen, die den Lernfluss und die Aufnahme von Wissen & Unterrichtsinhalten während des Unterrichts erheblich beeinträchtigt. Somit ist dies eine Qual für die Schülerschaft wie auch für die Lehrkräfte und Mitarbeiter der Schulen. Diese Regelung gilt derzeit in Niedersachsen wie auch in anderen Bundesländern für die Primär -und Mittelstufen und sollte unbedingt für das Wohl aller Menschen in den Schulen erweitert werden.

B5

B5 – Interaktive Tafeln inklusive Internetzugang an staatlichen Schulen als Grundmaterial ab der SEK I. in Niedersachsen

Antragsteller*innen: Juso-AG NordOst

Weiterleitungen: Juso-Landeskonferenz;
SPD-Landesparteitag

Antragstext:

Die Jusos AG Nord-Ost fordert vom Kultusministerium Niedersachsen, das in den staatlichen Schulen Niedersachsens ab der Sekundarstufe I die interaktiven Tafeln inklusive Internetzugang als Grundmaterial in die Klassenräume und Fachräume eingeführt werden, um die Gestaltung der Unterrichtsinhalte für die SchülerInnen noch besser und moderner sowie übersichtlicher zu gestalten. Die Kosten für die Interaktiven Tafeln hat das Land oder der Bund zu übernehmen. Lehrer*innen müssen entsprechend fortgebildet werden, damit eine sinnvolle Einbindung in den Unterricht erfolgen kann.

10 Begründung:

Durch die Einführung der interaktiven Tafeln samt Internetzugang an den staatlichen Schulen Niedersachsens ab der Sekundarstufe I als Grundmaterial für die Schulausstattung kann man die Unterrichtsinhalte viel moderner gestalten und die Unterrichtsqualität wird enorm gesteigert, so dass man mit dem Einsatz von modernen und zeitgemäßen Unterrichtsmedien generell viel besser arbeiten kann. In vielen Unterrichtsfächern wie z.B. in Biologie, Deutsch, Mathematik, Physik oder Politik werden im Unterricht viele bildliche Darstellungen, Videos oder gar das Internet benötigt, um die Unterrichtsinhalte vernünftig zu überwinden. Im Mathematik- und Physikunterricht wird für viele Unterrichtsthemen mittlerweile die Software GeoGebra als Voraussetzung benötigt, um Tabellen oder grafische Darstellungen zu erstellen. Somit kann der Lehrer diese an der interaktiven Tafel projizieren und die grafische Darstellung zur Veranschaulichung der Schülerschaft zeigen. Zudem können SchülerInnen ihre Referate auf den interaktiven Tafeln präsentieren, sodass man nicht immer extra einen Beamer oder andere Medien beschaffen muss, um die Referate zu präsentieren. Durch Kurse an Schulen kann man per „Crashkurs“ den Lehrkräften zeigen, wie man mit den interaktiven Tafeln umgehen kann und wozu diese nützlich und sinnvoll sind. Zum Vergleich gibt es in den Schulen Deutschlands rund 40.000 interaktive Tafeln, während in britischen Schulen schon rund 500.000 interaktive Tafeln zum Einsatz kommen.

Antragsbereich: Europa und Internationales

E1	E1 – Selbsteintrittsrecht bewahren!	
	AntragstellerInnen: Juso-AG Vahrenwald-List	
	Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz; Juso-Bundeskongress	

Antragstext:

- 5 Deutschland soll sich bei der Gestaltung der Dublin-IV-Verordnung mit Nachdruck dafür einsetzen, das Selbsteintrittsrecht nach Art. 17 der Dublin-III-Verordnung vollumfänglich zu erhalten.

Begründung:

- 10 Bislang stand die Ausübung des Selbsteintrittsrechts im Ermessen des jeweiligen Landes. In Deutschland wurde es bis jetzt vor allem auf besonders schutzbedürftige Gruppen angewandt. Stellt sich die Lage in einem Mitgliedstaat als besonders problematisch dar - kann zum Beispiel ein geordnetes Asylverfahren oder eine menschenwürdige Unterbringung nicht garantiert werden -
15 konnte das Bundesamt flexibel mit der Ausübung des Selbsteintrittsrechts reagieren, von einer Abschiebung absehen und das Asylverfahren selbst durchführen.

Wird dieses Selbsteintrittsrecht abgeschafft oder wie es die EU-Kommission in ihrem Entwurf vom 04. Mai 2016 vorschlägt auf familiäre Gründe beschränkt, werden Gruppen- oder Länder-bezogene Lösungen aus humanitären Gründen aus- geschlossen.

- 20 Dies muss aber weiterhin möglich bleiben und nicht ausschließlich aber vor allem in Bezug auf Länder wie Bulgarien und Ungarn stärker ausgeübt werden.

- 25 So verwies der Europarats-Menschenrechtskommissar Nils Muiznieks darauf, dass das derzeitige Asylrecht in Ungarn "nicht in Übereinstimmung mit internationalen und europäischen Menschenrechtsstandards" sei. Derzeit könne "niemand internationalen Schutz in Ungarn erhalten". Das Asylverfahren sei zu schnell und weise wesentliche Mängel bei den Schutzmaßnahmen auf, sagte Muiznieks. Die Aufenthaltsbedingungen für Asylwerber in Ungarn seien "problematisch, das allgemein negative Klima gegen Migranten, das von den Behörden gefördert wird, ist einer Integration von Schutzsuchenden und Flüchtlingen in der ungarischen Gesellschaft
30 nicht förderlich". Ein beträchtlicher Anteil von nach Ungarn unter der Dublin-Verordnung zurückgeschickten Personen werde festgehalten. Diese Anhaltung sei sehr restriktiv, was nicht mit der Tatsache in Einklang gebracht werden könne, dass Asylwerber "keine Kriminellen sind und nicht als solche behandelt werden dürfen".

35

E2

E2 – Sofortige Ächtung von Atomwaffen weltweit

AntragstellerInnen: Juso-AG NordOst

Weiterleitungen: Jusos-Bezirkskonferenz;
Juso-Bundeskongress; SPD-Unterbezirksparteitag;
SPD-Bezirksparteitag; SPD-Bundesparteitag

Resolution:

Momentan gibt es weltweit etwa 15400 Atomwaffen (geschätzt). Mindestens 9 Staaten besitzen Atomwaffen. Sie sind momentan alle in militärische Konflikte mit anderen Ländern verwickelt.

5 Deutschland hat zwar keine Atomwaffen, ist aber über die Nato in einer sogenannten nuklearen Allianz. Diese Allianz beinhaltet Solidarität aller Mitgliedsstaaten im Bereich nuklearer Rüstung. Das hat zur Folge, dass in sämtlichen Nato-Mitgliedsstaaten, die keine Atommacht sind, nukleare Sprengsätze gelagert sind. Beispiel Mitglied Deutschland: In Rheinland-Pfalz sind 20 Atomwaffen von den USA gelagert. Deutsche Soldaten lernen, Atomwaffen zu fliegen und abzuwerfen. Trotz
10 Bestrebungen des Bundestages, diese Atomwaffen von Deutschland abziehen zu lassen, sind sie noch da. Auch deutsche Soldaten lernen, diese Waffen zu fliegen und sogar abzuwerfen. Beispiel Mitglied Türkei: Dort sind 90 Waffen am Stützpunkt Incirlik gelagert. Incirlik liegt an der syrischen Grenze und damit vor der Haustür einer Konfliktregion. Atomwaffen werden also nicht nur von Nationen besessen, die in Konflikte verwickelt sind. Sie werden auch in konfliktnahen Regionen gelagert.

15 „Im Oktober 2015 beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen (GV-VN) die Einberufung einer Open Ended Working Group (OEWG) zu nuklearer Abrüstung, die sich u. a. mit möglichen Verhandlungen über ein Verbot dieser Massenvernichtungswaffen beschäftigen sollte. [...] Die Bundesregierung stimmte in der OEWG sowohl gegen die Empfehlung, Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot zu beginnen, als auch gegen den Abschlussbericht insgesamt.“¹ Dabei sind uns
20 allen seit Hiroshima, wenn nicht sogar vorher, die Risiken und Nachteile von Atomwaffen bekannt. Ihr Einsatz kann verheerende humanitäre Folgen haben und schadet in jedem Fall der Umwelt. Explosion samt Hitze und Druckwelle sowie Strahlenbelastungen über mehrere Jahrzehnte sind nur einige Folgen, die allgemein bekannt sind. Weniger bekannt, aber ebenso gefährlich ist ein nuklearer Winter. Dabei fällt die globale Temperatur bei jedem Einsatz einer Atomwaffe. 1% aller Atomwaffen
25 würde genügen, eine weltweite kältebedingte Dürre auszulösen. Ein Atomschlag würde in diesem Sinne der Zivilbevölkerung so nachhaltig schaden wie keine andere Waffe.

Unabhängig davon ist fraglich, welchen Zweck Atomwaffen tatsächlich erfüllen können. Ihre Produktion und Modernisierung kostet den Besitzerstaat Milliarden. Dabei machen sie mehr Angst als sie nehmen. Denn wenn sich Staat A in Berufung auf einen Konflikt mit Staat B Atomwaffen
30 anschafft, dann wird Staat B verängstigt. Um militärisch zu unterliegen, rüstet -soweit möglich- Staat B auch auf, vielleicht auch atomar. Daraus folgt: Durch die Gewaltspirale ist niemandem geholfen oder gar die Angst vor dem Anderen genommen. Stattdessen stehen sich zwei gefährlich bewaffnete Nationen gegenüber. Der mögliche zivile Schaden im Falle eines Konfliktes ist angestiegen. Einen solchen Konflikt haben wir zwischen den Atomnationen Indien und Pakistan, zwischen Israel und der
35 restlichen orientalischen Welt und nicht zuletzt zwischen den USA+ GB+ Frankreich auf der einen und Russland auf der anderen Seite.

Deutschland stimmte gegen Empfehlung und Abschlussbericht der OEWG in seiner Pflicht als Nato-Partner. Das ist verständlich, denn eine Zustimmung würde einem Vertragsbruch entsprechen. Im

¹ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/100/1810002.pdf>

aktuellen Koalitionsvertrag ist jedoch die Bestrebung enthalten „die Bedingungen für eine Welt ohne Kernwaffen zu schaffen“.² Das Versprechen bleibt illusorisch, wenn die Besitzer von Atomwaffen die Verhandlungen bestimmen. Denn die Besitzer modernisieren momentan ihre Waffen für mehrere Milliarden und sehen keinen Grund, abzurüsten. Und genau das soll doch unterbunden werden. Im
5 Notfall müsste die deutsche Bundesregierung die atomare Allianz der Nato hintergehen. Ja, das wäre ein bewusstes schweres Vergehen gegen das Solidaritätsprinzip der NATO. Und ja, das Verhalten wäre zu sanktionieren. Aber Deutschland kann in seiner Rolle als Nation ohne Atomwaffen einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zur Entschärfung von Konfliktpotential auf der Welt leisten. Und diese Rolle überwiegt. Künftige Generationen werden uns dafür danken, dass derartig
10 katastrophale humanitäre Folgen frühzeitig ausgeschlossen wurden.

Abschließend noch einmal zurück zur Stationierung der Waffen in Deutschland. 85% der deutschen Bevölkerung sind gegen eine weitere Lagerung der Waffen auf deutschem Boden. Dennoch: Vorbehalte gegen nukleare Abrüstung sind noch immer tief in unserer Gesellschaft verwurzelt, mit Argumenten unterlegt wie „Atomwaffen geben Sicherheit!“ (Geben sie nicht, s.o.), „Lieber
15 Atomwaffen in ‚guten‘ als in ‚falschen‘ Händen!“ (Nordkorea schreckt auch nicht zurück, Waffen zu haben.) oder „Atomwaffen schützen vor Terrorismus!“ (Er ist unverändert da.). Ein Grund dafür könnte sein, dass viele Bürger*innen in ihrem Alltag nicht die reale Gefahr eines nuklearen Schlages wahrnehmen können. Die Frage nach sicherer Lagerung der Waffen kann nie vollständig gelöst werden, zumal wir wissen, dass einige dieser Waffen sich in Krisen- bzw. konfliktnahen Regionen
20 aufhalten. Dass Atomwaffen in die falschen Hände gelangen und damit eine Krise oder sogar eine Katastrophe auslösen, ist immer möglich.

Atomwaffen zählen zu den größten Gefahren der Menschheit. Wenn wir es schaffen, Atomwaffen zu bauen: Warum schaffen wir es nicht, sie abzubauen?

25

² Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 2013, S. 118

Antragsbereich: Feminismus

F1	F1 – Neufassung des TSG: Auch die Würde von Trans*menschen ist unantastbar	
	Antragsteller*innen: Juso-AG Linden-Limmer	
	Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress	

Antragstext:

5 In der Bundesrepublik Deutschland gilt seit dem 01. Januar 1981 das Gesetz über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transsexuellengesetz – TSG) . Viele der Interessenorganisationen transidenter und intersexueller Menschen, so auch die Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e.V., fordern seit langem eine Novellierung des TSG. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits in zahlreichen Urteilen festgestellt, dass das TSG in wesentlichen Punkten gegen das Grundgesetz verstößt und diskriminierend ist.

10 Wir solidarisieren uns mit dem Kampf transidenter und intersexueller Menschen und schließen uns ihrer Forderung nach einer Neuregelung an.

15 Alle Fortschritte, die in Bezug auf das Gesetz errungen wurden, mussten gerichtlich von Antragsteller*innen durchgekämpft werden. So wurde zum Beispiel die Altersbeschränkung, dass eine antragsstellende Person 25 Jahre oder älter sein muss, vom Bundesverfassungsgericht gekippt. Auch die Sterilisation als Voraussetzung zur Personenstandsänderung, ein unhaltbarer und menschenverachtender Paragraph, wurde 2011 zum Glück gekippt.

20 Bis heute ist es jedoch so, dass wenn nach der Bestandskraft der Vornamensänderung ein Kind geboren oder als eigenes anerkannt wird, diese unwirksam wird.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen Urteilen immer wieder eine Neuregelung gefordert und Vorgaben zur vorläufigen Anwendung gemacht.

25 Wenn Trans*menschen den schwierigen Schritt des Outings beschreiten, sind diese aufgrund der derzeitigen gesetzlichen Regelungen, aber nach wie vor einer amtlich legitimierten Alltagsdiskriminierung ausgesetzt. Wollen Trans*menschen Vornamen und/oder den Personenstand (bspw. von „männlich“ zu „weiblich“) abändern, so müssen diese einen Antrag an das für das Personenstandsregister zuständige Amtsgericht (in der Region Hannover: Amtsgericht Celle) stellen und dem Gericht mittels zwei psychologischer Gutachten sowie im Rahmen einer gerichtlichen Verhandlung nachweisen, dass die vom Gesetz bestimmten Voraussetzungen für die Anerkennung gegeben sind. Die Gutachter*innen werden hierbei vom Gericht bestimmt.

30 Im Rahmen der Gutachtenerstellung kommen bundesweit Gutachter*innen unterschiedlichster fachlicher Qualifikation zum Einsatz.

35 Im Rahmen der Gutachtenerstellung werden regelmäßig auch solche Angaben erhoben, welche in den intimsten Bereich der grundgesetzlich geschützten persönlichen Lebensführung (insbesondere die eigene Sexualität) erhoben und entsprechend an das Gericht weitergegeben. So gibt es immer wieder Berichte darüber, dass nach Häufigkeit und Art der sexuellen Interaktion gefragt wird oder auch die Namen der bisherigen Geschlechtspartner*innen abgefragt werden. Die eigentlich selbstverständliche ärztliche Schweigepflicht entfällt hierbei vollumfänglich.

40 Die Kosten des reinen gerichtlichen Verfahrens belaufen sich in der Regel auf rund 1.200,00 Euro bis

1.600,00 Euro. Schwerwiegender ist, dass die Verfahrensdauer – in Abhängigkeit vom bearbeitenden Gericht – regelmäßig zwischen sechs und zwölf Monaten andauert.

5 Legt man hierbei zu Grunde, dass sinnvollerweise grundsätzlich vor Antragstellung ein „Praxistest“ in Form des Lebens in der Gegengeschlechtlichen Rolle stattfindet, der Therapeutisch regelmäßig verlangt wird, bedeutet dies, dass Trans*menschen eine längere Zeit mit „falschen“ Ausweispapieren leben müssen.

In Abhängigkeit von der Professionalität der handelnden öffentlichen Stellen kann dieses zu Unannehmlichkeiten führen, welche durchaus diskriminierende Züge annehmen können.

10 Weiterhin ist vor der amtlichen Änderung die Neuausstellung von Zeugnissen nicht möglich. Dies stellt einen Nachteil für die Wettbewerbsfähigkeit von Trans*menschen dar.

Auch im Alltag kann es zu Irritationen und Zwangsausings kommen, dieses beispielsweise dann, wenn eine Monatsfahrkarte für den öffentlichen Personennahverkehr (wie z.B. das Jobticket) auf den Geburtsnamen ausgestellt ist. Wenn auf diesem eine „Mareike“ eingetragen ist, dem*der Kontrolleur*in aber ein maskuliner „Mike“ gegenüber sitzt, der sich auch nur mittels Ausweises von Mareike ausweisen kann, ist nicht nur Verwirrung angesagt, sondern auch durchaus für die Aufmerksamkeit der halben Straßenbahn gesorgt.

15 Wir halten die derzeitige Regelung für nicht hinnehmbar und völlig veraltet.

Wir fordern daher folgende Regelungen:

20 - Trans*menschen wird es ermöglicht, mittels Antrag beim Standesamt Ihrer Wohnortgemeinde einen Antrag auf Vornamens- und Personenstandsänderung zu stellen. Über die Änderung entscheidet das zuständige Standesamt und übermittelt die Änderungen des Vornamens und des Personenstandes von Amtswegen an andere öffentliche Stellen. Die Zuständigkeit kann, sofern dieses aufgrund örtlicher Gegebenheiten sachdienlich erscheint, auf die Aufsichtsbehörde
25 übertragen werden. Die entsprechenden Änderungen sind kostenfrei durchzuführen.

- Als Nachweis für die Antragstellung ist nur noch eine Stellungnahme einer*eines behandelnden Psycholog*in oder Psychotherapeut*in über das Bestehen des Gefühls zur Zugehörigkeit des Gegengeschlechtes vorzulegen.

- Die Antragstellung muss grundsätzlich auch Minderjährigen offen stehen.

30 **Begründung:**

Eine Novellierung ist, wie bereits im Antragstext geschildert, lange überfällig. Viele andere europäische Länder haben weitaus fortschrittlichere Gesetze als wir. Ein weiterer Aufschub eines neuen Gesetzes ist unzumutbar für alle, die von dem aktuellen Gesetz betroffen sind.

35 Es ist 2017.

F2

F2 – Mehr Gleichberechtigung – Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser fördern

Antragsteller*innen: Juso-AG Vahrenwald-List

Weiterleitungen: SPD-Unterbezirksparteitag;
SPD-Bezirksparteitag; SPD-Landesparteitag; SPD-
Bundesparteitag; Juso-Unterbezirkskonferenz;
Juso-Bezirkskonferenz; Juso-Bundeskongress

Antragstext:

Deswegen schlagen wir eine Reihe von Maßnahmen vor, welche zukünftig ermöglichen sollen, dass beide Ehepartner*innen auch nach der Geburt der Kinder Vollzeit arbeiten können:

- 5 • Zunächst muss das Ehegattensplitting abgeschafft werden. Stattdessen soll aus den erhöhten Steuereinnahmen das Elterngeld erhöht werden, um die Familien unabhängig vom Verdienst der Ehepartner*innen zu fördern. Nach dem Ende des Elterngeldes, werden Eltern über eine gleichberechtigte Steuerentlastung gefördert, die unabhängig ist von der Art des Familienmodells.
- 10 • Es muss für eine vollumfängliche, ganztägige und kostenlose Kinderbetreuung gesorgt werden, die es beiden Eltern ermöglicht, mit dem Ende des Elterngeldes, wieder Vollzeit zu arbeiten. Die gesicherte Kinderbetreuung sollte deshalb schon vor Vollendung des ersten Lebensjahres beginnen. Kita- und Krippenplätze müssen deswegen noch weit intensiver ausgebaut werden, als dies bisher in Planung ist.
- 15 • Damit sowohl Männer und Frauen zu gleichen Teilen Elternzeit nehmen, sollte dies über das Elterngeld subventioniert werden. Nur wenn beide Lebenspartner*innen gleichviel Elternzeit nehmen, soll dieses zur vollen Höhe ausgezahlt werden. Die Höhe des Elterngeldes soll dabei nach dem Familieneinkommen bemessen werden.
- 20 • Um zu verhindern, dass der Mann, auch in vergleichbaren Berufen der Besserverdienende ist, und deswegen es finanziell sinnvoller ist, wenn die Frau Elternzeit nimmt, muss endlich die Gehaltlücke zwischen den Geschlechtern geschlossen werden („Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“).
- 25 • Unternehmen die ihre Mitarbeiter*innen für das beantragen von Elternzeit benachteiligen, werden sanktioniert. Eine solche Benachteiligung kann bei einer Behörde durch Geschädigte angezeigt werden.

Begründung:

- 30 In keinem europäischen Land wird das traditionelle Familienbild sowie die traditionelle Ehe, in einem vergleichbaren Maße staatlich gefördert, wie in der Bundesrepublik Deutschland. Dies hat nicht nur ideelle Folgen, sondern ist außerdem mitverantwortlich dafür, dass alljene, die diesem Modell nicht folgen, finanziell bestraft und benachteiligt werden. Besonders betroffen sind hierbei die Gruppe der Alleinerziehenden Eltern. Aus einer Monitor Studie von 2010 geht hervor, dass 19 % aller Familien mit Kindern, Alleinerziehenden sind. Hiervon sind weiterhin 58 % geschieden.
- 35 Aus dieser Studie geht weiterhin hervor, dass 39% der Alleinerziehenden Eltern weniger als 1300 ,-Euro im Monat verdienen. Nur 8% verdienen mehr als 2300 ,-Euro. Fast die Hälfte verdient zwischen 1300-2600,-Euro. Weiterhin geht aus dieser Studie hervor, dass 30% auf zusätzliche Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe angewiesen. Da 90% der

Alleinerziehenden Mütter sind, zeigt sich das insbesondere Frauen Gefahr laufen, in die Einkommensarmut zu verfallen, sollte die Ehe scheitern.

Diese bedauernswerte Lage wird durch den Staat aktiv gefördert:

5

- Durch das Ehegattensplitting werden die Gehälter der Ehepartner*innen zusammengerechnet, und daraufhin für die Berechnung der jeweiligen Steuern wieder hälftig geteilt. Dadurch entsteht ein enormes Steuerersparnis für verheiratete Paare, insbesondere wenn einer der Lebenspartner, meistens die Frau, nicht arbeitet. Es lohnt sich somit aus finanzieller Sicht mehr, wenn die Frau nicht arbeitet und somit auch nicht vorsorgt für eine mögliche Zeit nach der Ehe.

10

- Da das Angebot an frühzeitiger und ganztägiger Kinderbetreuung in Deutschland noch weit hinter dem europäischen Vergleich zurück ist, ist es oftmals schwierig, Kind und Beruf zu vereinbaren. Es werden zwar immer mehr Kitas und Krippen gebaut und auch Ganztagsangebote geschaffen, dies ist aber noch lange nicht ausreichend, um eine unkomplizierte Rückkehr in den Beruf nach der Geburt zu ermöglichen. Auch das Betreuungsgeld als Herdprämie muss abgeschafft werden.

15

- Obwohl die Möglichkeit besteht, dass beide Lebenspartner*innen Elternzeit nehmen können, tun dies immer noch hauptsächlich Frauen. 2015 haben 41,6% der Frauen mit Kindern unter 3 Jahren Elternzeit genommen. Dem gegenüber standen nur 2,5% der Männer. Bei Frauen mit Kindern unter 6 Jahren nahmen 24,1% Elternzeit. Dem gegenüber standen nur 1,5 der Männer. Dies hängt damit zusammen, dass es einerseits nicht vom Staat gefördert wird, gleichberechtigt Elternzeit zu nehmen und andererseits die Wirtschaft diese benachteiligt. Nimmt man sich Elternzeit heißt dies zumeist, seine berufliche Karriere aufzugeben. Da außerdem, durch die ungleiche Entlohnung von Frauen und Männern, entscheiden sich die Familien aus finanzieller Sicht zumeist, dass der besserverdienende, oftmals der Mann, arbeitet, während die Frau Elternzeit nimmt. Auch hiermit hängt es zusammen, dass insbesondere geschiedene Frauen später in die Einkommensarmut verfallen.

20

25

30 Quellen:

<https://www.bmfsfj.de/blob/76232/4abcbfc3b6124fccc2766fd4cc11e87c/monitor-familienforschung-ausgabe-28-data.pdf>

F3

F3 – Wessen Welt ist die Welt? – Öffentlichen Raum für junge Menschen erkämpfen, bewahren und ausbauen

Antragsteller*innen: AK Feminismus

Weiterleitungen: SPD-Unterbezirksparteitag;
SPD-Stadtverbandsparteitag; Juso-Bezirkskonferenz;
Juso-Landeskonferenz

Antragstext:

- Öffentlicher Raum gehört allen Bürger*innen in einer Stadt und er sollte auch allen gleichermaßen zugänglich und für alle nutzbar sein. Als politische Jugendorganisation sehen wir die Nutzung und Gestaltung von öffentlichen Plätzen, Gebäuden und Räumlichkeiten in öffentlicher Hand sowie selbstverständlich von Parks und Grünflächen als zentrales Instrument an, um unsere Stadt bzw. unsere Kommune zu einem lebenswerten und liebenswerten Ort zu machen.
- 5 Leider beobachten wir vermehrt, dass es in der öffentlichen sowie in der politischen Debatte oft vordergründig darum geht, wie man bestimmte Gruppen aus öffentlichem Raum ausschließt oder wie man öffentlichen Raum am besten vermarkten kann. So mussten wir zusehen, wie beispielsweise der Falkenkeller in Barsinghausen geschlossen wurde und wie in jedem Sommer eine öffentliche
- 10 Debatte über das „Limmern“ und neuerdings auch über das „Luthern“ entflammt. Schließlich erinnert auch das Alkoholkonsumverbot, das seit dem Jahreswechsel in Bussen, Bahnen und Stationen der üstra gilt, an diese Tendenz.
- 15 Wir stellen uns dieser Entwicklung klar und deutlich entgegen! Wir wollen nicht, dass die Flächen im öffentlichen Raum immer kleiner werden oder durch langwierige und komplizierte Genehmigungsverfahren der Verwaltung der Zugang zu ihnen stets mit mehr Aufwand und immer höheren Hürden verbunden ist.
- 20 **Emanzipation junger Menschen im und durch öffentlichen Raum stärken**
Auch in einer immer älter werdenden Gesellschaft dürfen die Bedürfnisse junger Menschen im öffentlichen Raum nicht außer Acht gelassen werden. Wir brauchen Sportanlagen, Bolzplätze und Jugendzentren, deren Zugang so niedrigschwellig wie möglich sein muss.
- 25 Öffentlicher Raum ist für junge Menschen meistens die einzige Möglichkeit sich jenseits von der Schule und dem Elternhaus selbstbestimmt zu treffen. Diese Möglichkeit ist von zentraler Bedeutung für die Entwicklung von Jugendlichen. Daher ist es falsch öffentlichen Raum für junge Menschen zu verkleinern oder ihn durch ein Übermaß an Regeln oder Verboten für diese Gruppe unnutzbar zu machen. Wir wollen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene nicht in private Räume verdrängen.
- 30 Wir wollen öffentlichen Raum an ihren Bedürfnissen orientieren, weil sie dort genauso hingehören, wie alle anderen Menschen auch. Partykeller der Eltern statt Jugendzentrum oder elterlicher Pool statt kommunales Freibad sind keine Konzepte, die zu einer jungen und lebenswerten Stadt beitragen. – Sie führen zu Verdrängung, zu sozialer Spaltung nach den Besitzverhältnissen der Eltern und zu einer Stadt, mit der sich niemand identifiziert.
- 35 Wir begrüßen sehr, dass Städte dieses Problem zum Teil erkennen und versuchen darauf aufmerksam zu machen, wie dies zum Beispiel die Stadt Hannover mit ihrer Aktion „Platz nehmen! Mehr Akzeptanz für Jugendliche im öffentlichen Raum“³ getan hat.

³ siehe <http://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Verwaltungen-Kommunen/Die-Verwaltung-der-Landeshauptstadt-Hannover/Dezernate-und-Fachbereiche-der-LHH/Bildungs-%2C-Jugend-und-Familiendezernat/Fachbereich-Jugend-und-Familie-der-Landeshauptstadt/Kinder-und-Jugendarbeit-der-Landeshauptstadt-Hannover/Jugendschutz-Str%C3%9Fen-sozialarbeit/Platz-nehmen%21-Mehr-Akzeptanz-f%C3%BCr-Jugendliche-im-%C3%B6ffentlichen-Raum>

Demokratie statt Verbote: Bürger*innenbeteiligung in unserer Nachbar*innenschaft stärken

Unsere Antwort auf die eben beschriebenen Herausforderungen lautet: Demokratie statt Verbote!

Elementarer Bestandteil einer modernen Stadtentwicklung ist Bürger*innenbeteiligung bzw. Nachbar*innenschaftsbeteiligung. Sowohl in kleineren Städten als auch und insbesondere in größeren Städten ist es meist die mangelnde soziale Kontrolle, die öffentlichen Raum zu Angst- oder Gewalträumen werden lässt. Wir wollen, dass öffentlicher Raum in Zusammenarbeit und mit Beteiligung der Menschen gestaltet wird, die diesen Raum nutzen und/oder in der direkten Nachbar*innenschaft wohnen. Wir sind davon überzeugt, dass allein durch die Alltagsperspektive und -erfahrung der Anwohner*innen Räume entstehen, die einerseits weniger Potential für Angst- und Gewalträume bieten und in denen andererseits von der Seite der Anwohner*innen auch mehr Aufmerksamkeit und Rücksicht für diese Räume herrscht, da sie ja selbst an der Gestaltung mitgewirkt haben. Durch die gemeinsame Erarbeitung und Gestaltung *unserer Nachbar*innenschaft* wird eine wichtige Sensibilität für den öffentlichen Raum und die in ihm geschaffenen Nutzungsangebote sowie auch für die möglichen Nutzungskonflikte entwickelt.

Nutzungskonflikte wollen wir nicht mit Verboten und einem Übermaß an Regeln verschieben oder verdrängen. Wir stehen stattdessen auch hier für einen Weg der breiten Beteiligung. Alle Gruppen, die bestimmten öffentlichen Raum freiwillig oder zwangsläufig nutzen, sollten ihre Nutzungsvorstellungen einbringen können und diese sollten sich in der Raumplanung auch wiederfinden. Egal ob Familien mit kleinen Kindern auf dem Spielplatz, Menschen mit Handicap, Jugendliche auf einer Skateranlage, ein ansässiges Trinker*innenmilieu oder welche Gruppen und Nutzungen man sonst noch antrifft: Es gibt städtebauliche Möglichkeiten die verschiedensten Nutzungen nebeneinander zu realisieren, ohne dass zwangsläufig Konflikte entstehen müssen. Auch der Einsatz von Sozialarbeiter*innen oder Streetworker*innen sind denkbare Varianten, um konfliktfreie, barrierefreie, öffentliche Räume mit einem vielfältigen Angebot für alle zu realisieren.

Ein weiterer Aspekt von Beteiligung ist für uns die Berücksichtigung und Akzeptanz von bestehendem Nutzungsverhalten. Öffentlicher Raum wird zwangsläufig von bestimmten Gruppen genutzt und von anderen nicht. Hierbei gilt für uns der Grundsatz, dass sich nicht die Menschen der Städteplanung anzupassen haben, sondern dass das bestehende Nutzungsverhalten für die Planungen relevant zu sein hat. Wenn der Raum bereits bestimmte Gruppen anspricht, sollte dieses Potential genutzt werden. Natürlich kann man immer darüber diskutieren, ob der Raum noch weitere Möglichkeiten bietet, um andere Nutzungsangebote zu schaffen.

Statt für eine viel benutzte Wiese in einem Park ein Grillverbot oder ein langwieriges Genehmigungsverfahren für das Grillen auf dieser Fläche zu debattieren, sollte darüber nachgedacht werden, ob die Möglichkeit besteht, auf dieser Wiese städtische Grillplätze zur Verfügung zu stellen, die niedrigschwellig und kostenlos genutzt werden können. Statt über Vermüllung zu klagen, sollten einfach dort viele Mülleimer aufgestellt werden, wo viel Müll anfällt usw.

Wir wollen schlichtweg, dass sich die Stadt so entwickelt, wie es dem Alltag der Bürger*innen entspricht und nicht im Sinne von Entwürfen, denen keine Lebenswirklichkeit innewohnt. Wir wollen berücksichtigen, welche Plätze sich Menschen in der Stadt suchen und nehmen, um – wo es möglich ist - das entsprechende Angebot zu schaffen.

Rechtliche Auseinandersetzungen um Verbote oder Gebote in einer Nachbar*innenschaft sind selten konstruktiv. Hier könnte man auch über gesetzliche Änderungen diskutieren, die beispielsweise bei einer Wohnortwahl in der Nähe eines Kindergartens, eines Sportplatzes oder einer Schule auch eine Einwilligung in besondere Lärmbeeinträchtigungen voraussetzen, die im Zusammenhang mit der spezifischen Nutzung dieser öffentlichen Räume stehen.

Unser Konzept: Öffentliche Wohlfühlräume schaffen

Öffentlicher Raum muss aus unserer Sicht ein Raum sein, in dem für alle Menschen Sicherheit besteht – aber dies nicht nur im Sinne von Polizeipräsenz und positiver Kriminalstatistiken, sondern

es muss auch für alle ein subjektives Wohlbefinden möglich sein. Um diesem Konzept auch einen Begriff zu geben, sprechen wir von öffentlichen Wohlfühlräumen.

- 5 Wohlfühlräume stehen zum einen für die bereits beschriebenen konfliktfreien, barrierefreien, öffentlichen Räume mit einem vielfältigen Angebot für alle, die unter Beteiligung von Bürger*innen und Nachbar*innen gestaltet werden. Sie sind aber andererseits auch der Gegenbegriff zu Angst- und Gewalträumen, die für bestimmte Gruppen ein Unsicherheitsgefühl oder sogar Abschreckung bedeuten. Vor allem dunkle Ecken, Baustellen, Verdreckung, unangenehmer Geruch und nicht ausgeräumte Nutzungskonflikte verschiedener Gruppen im öffentlichen Raum begünstigen Angst- und Gewalträume immens. Dem setzen öffentliche Wohlfühlräume eine offene, übersichtliche, gut beleuchtete und auf die Nutzung der ansässigen Menschengruppen abgestimmte Bauweise entgegen. Darüber hinaus fördern Beteiligung und die verstärkte Belegung von Wohlfühlräumen die soziale Verantwortung und die Sensibilität der Anwohner*innen.
- 10
- 15 Die Existenz von Angst- und Gewalträumen ist ein sehr wesentliches Problem im öffentlichen Raum. Sie zu relativieren, zu stigmatisieren oder gar zu negieren wird dem Problem nicht gerecht. Auch die bloße Erhöhung von Polizeipräsenz oder die Ausweitung von Videoüberwachung im öffentlichen Raum sind nicht hilfreich, um dieses Problem nachhaltig zu lösen.
- 20 Sicherlich ist es sinnvoll, Aufklärungsarbeit gegenüber einigen Gruppen zu betreiben, um darauf aufmerksam zu machen, dass das subjektive Sicherheitsgefühl und die „objektive“ Gefahrensituation zum Teil doch deutlich auseinanderliegen, aber dennoch bleibt es dabei, dass das Konzept öffentlicher Wohlfühlräume das Leitbild der Städteplanung für eine moderne Kommune des 21. Jahrhunderts werden muss.

25

Antragsbereich: Gesundheit und Soziales

G1	G1 – Verhütungsmittel sind Grundrecht und kein Privileg – Für die Erstattung der anfallenden Kosten für Verhütungsmittel!	
	Antragsteller*innen: Juso-AG Südstadt-Bult	
	Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz; Juso-Landeskonferenz Niedersachsen; Juso-Bundeskongress	

Antragstext:

Verhütungsmittel jedweder Art sollen für Frauen* und Männer kostenlos zur Verfügung stehen.

5 Begründung:

Verhütungsmittel sollen Frauen* die Chance geben, eigenständig zu entscheiden, ob sie schwanger werden wollen oder nicht. Doch diese Entscheidung wird einigen Frauen* genommen, da die Kosten für einige Verhütungsmittel für sie zu hoch sind.

- 10 Durch die Erstattung der anfallenden Kosten können junge Frauen* aus jeder Bevölkerungsschicht gleich unabhängig über ihren Körper entscheiden.

G2

G2 – Bürgerversicherung

AntragstellerInnen: Juso-AG Burgwedel

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz;
Juso-Landeskonferenz; Juso-Bundeskongress;
SPD-UB-Parteitag; SPD-Bezirksparteitag; SPD-
Landesparteitag; SPD-Bundesparteitag

Antragstext:

Die Jusos fordern hiermit, das System der deutschen Krankenversicherung in ein System der Bürgerversicherung umzugestalten. Dabei sind im wesentlichen die folgenden Eckpunkte umzusetzen.

- 5
- In das System sollen ausnahmslos alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen.
 - Die Beitragspflicht soll für sämtliche Einkunftsarten gelten.
 - Gleichzeitig sollen sämtliche Bürgerinnen und Bürger anspruchsberechtigt sein.
 - Das so entstehende Krankenversicherungssystem soll nicht nur Leistungen auf
- 10
- Grundsicherungsniveau erbringen, sondern für sämtliche Leistungen aufkommen, die dem jeweils aktuell anerkannten Stand der Wissenschaft entsprechen, insbesondere Zahnersatzleistungen sind in weitaus größerem Umfang von diesem System zu leisten.

Begründung:

- 15
- a) Darstellung der gegenwärtigen Situation

Das System der Krankenversicherung ist derzeit stark zerfasert. ArbeitnehmerInnen sind grundsätzlich in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) pflichtversichert, die Beiträge bemessen sich i.d.R. vom Arbeitsentgelt. Übersteigt das Arbeitsentgelt die jeweils geltende Beitragsbemessungsgrenze führt dies dazu, dass vom darüber Hinausgehenden keine Beiträge mehr zu entrichten sind. ArbeitnehmerInnen deren Arbeitsentgelt die Jahresarbeits- entgeltsgrenze übersteigt, unterliegen (unter Beachtung weiterer Voraussetzungen) nicht mehr der Versicherungspflicht in der GKV. Sie können allerdings freiwillig in der GKV verbleiben oder in das System der privaten Krankenversicherung (PKV) wechseln.

25

Beamte und Beamtinnen sind von der Versicherungspflicht in der GKV befreit. Für diese übernimmt der Dienstherr ganz, pauschal oder prozentual Kosten im Zusammenhang mit Krankheits-, Geburts-, Pflege- und Todesfällen. Für Richter und Soldaten gelten ähnliche Regelungen. Sofern für diese Gruppen keine vollständige Kostenübernahme besteht, müssen sie den restlichen Anteil im System der PKV absichern bzw. freiwillig in das System der GKV wechseln, letzteres oftmals jedoch unter Aufgabe sämtlicher Beihilfeansprüche.

30

Für Freiberufler und Selbständige besteht, unter Beachtung der gesetzlichen Regelungen, ebenfalls die Möglichkeit der freiwilligen Mitgliedschaft in der GKV, häufig versichern sich diese Personen aber im System der PKV. Weitere Besonderheiten ergeben sich noch z.B. durch die Künstlersozialkasse für Künstler und Publizisten.

Anders als im System der GKV bemisst sich das Versicherungsentgelt (Prämie) regelmäßig nicht nach dem Einkommen, sondern wird durch privatrechtlichen Vertrag zwischen Versicherungsunternehmen und Versicherungsnehmer festgesetzt (in der Regel durch Tarifbestimmungen).

5 Der Wechsel zwischen den System wurde in den letzten Jahren durch gesetzliche Regelungen zunehmend eingeschränkt.

b) Probleme mit der gegenwärtigen Situation

10 An dem unter a) dargestellten System gibt es viele Kritikpunkte. Von uns werden insbesondere die folgenden gesehen.

- Der Umstand, dass Besserverdienende prozentual (auf ihr Einkommen gerechnet) geringer mit Beiträgen belastet werden ist mit einem solidarischen Prinzip der Sozialversicherung nicht vereinbar. Die Deckelung der Beiträge ist nicht nachvollziehbar, da auch im Leistungsfall die Leistungen nicht gedeckelt werden.
- 15 • Der Umstand, dass Besserverdienende aus dem System der GKV aussteigen können ist ebenfalls unsolidarisch, da nicht erkennbar ist, warum ausgerechnet weniger gut verdienende Arbeitnehmer allein dieses System finanzieren sollen. Hierbei ist ferner zu beachten, dass das System der PKV keineswegs rein prämienfinanziert ist, sondern durch Kapitalanlagen finanziert wird (Kapitaldeckungsverfahren). Die entsprechenden Zinsen und
- 20 Dividenden werden bei volkswirtschaftlicher Betrachtung somit anteilig wieder von der Gemeinschaft der ArbeitnehmerInnen erwirtschaftet.
- Das System der PKV ist unsozial, da es gesundheitlich vorbelastete und ältere Versicherungsnehmer ausschließt bzw. mit sehr hohen Prämien belastet.
- Das System der PKV ist unsozial, da Privatversicherte oftmals vorrangig Termine bei (Fach)ärzten erhalten und ein umfangreicheres Spektrum an Therapien erhalten; dies führt zu einer sog. Zweiklassenmedizin.
- 25 • Durch das Prämiensystem und dem damit verbundenen Kapitaldeckungssystem der PKV haben sich in den letzten Jahren teilweise erhebliche Prämiensteigerungen ergeben. Insbesondere junge Selbständige und Freiberufler wurden dabei zunächst mit günstigen
- 30 Prämien in die PKV "gelockt", sahen sich später aber zunehmend kaum noch finanzierbaren Prämien ausgesetzt. In der Folge zeigte sich, dass gerade Selbständige und Freiberufler in wirtschaftlich schwierigen Zeiten oftmals die Prämienzahlungen einstellen mussten. Die privaten Krankenversicherer hatten hier teilweise erhebliche Beitragsausfälle zu verkraften, der Gesetzgeber musste mehrfach eingreifen um für diese Personen überhaupt noch den
- 35 Zugang zum Gesundheitssystem zu ermöglichen (z.B. sog. Notlagentarife etc.). Auch der Steuergesetzgeber musste in den letzten Jahren hier den betroffenen Unternehmen bereits Erleichterungen einräumen (z.B. § 21 KStG). Gerade im jetzigen Niedrigzinsumfeld zeigt sich, das Kapitaldeckungsverfahren keine Lösung zur Deckelung der Prämien sein können. Die Prämien werden in 2017 im Schnitt um ca. 11 Prozent steigen. Damit sind weitere
- 40 Schwierigkeiten in der Gesundheitsversorgung von Selbständigen und Freiberuflern mit geringem Einkommen zu erwarten.
- Der Gesundheitsökonom Hartmut Reiners hat zur Effizienz der PKV ferner folgendes festgestellt: *"...dass die PKV einschließlich der Vertriebsagenturen für die Krankenversicherung von 11 Prozent der Bevölkerung 60.000 Personen beschäftigt, wo die*

GKV für 89 Prozent mit 136.000 Mitarbeitern auskommt. Die Techniker Krankenkasse hat als größte gesetzliche Krankenkasse etwas mehr Versicherte als die gesamte PKV (9,5 gegenüber 9 Mio.), aber nur 13.500 Beschäftigte, also etwas weniger als ein Viertel der PKV-Mitarbeiter. Dabei hat die GKV ein größeres Aufgabenspektrum als die PKV. Sie muss sich nicht nur um die Versicherten kümmern, sondern im Unterschied zur PKV auch die umfangreichen Vertragsbeziehungen mit Kassenärzten, Krankenhäusern, Arzneimittelherstellern usw. pflegen.“

c) Lösungsansätze

Zunächst ist logisch, dass eine solidarische Einbeziehung sämtlicher Bürgerinnen und Bürger und einer erheblichen Erweiterung der Bemessungsgrundlage zum einen zu einer spürbaren Entlastung von Geringverdienern (gleich ob Arbeitnehmer, Selbständiger etc.) führen würde und außerdem die Möglichkeit böte das Leistungsspektrum der GKV erheblich zu erweitern. Dadurch würde insgesamt das Gesundheitssystem Deutschlands gestärkt und zukunftsfest werden. Ferner dürften sich zusätzliche Effizienzgewinne in einem dann vereinfachten System der GKV einstellen, deren Reinvestition ebenfalls dem Gesundheitswesen zugute käme.

Es würden automatisch sämtliche Härten, Risiken und Ungerechtigkeiten entfallen, da ein umfassender, günstiger und von Vorerkrankungen, Alter und Anzahl der Kinder unabhängiger Zugang zum Gesundheitswesen jederzeit gewährleistet wird.

Für die Überführung des dualen Systems von GKV und PKV in ein einheitliches Krankenversicherungssystem sprechen also insgesamt handfeste ökonomische Argumente. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die immer wieder vorgetragenen verfassungsrechtlichen Aspekte eines vermeintlichen Verstoßes gegen die Gewerbefreiheit/Berufsfreiheit nach unserem Verständnis nicht einschlägig sind, die von uns hierzu gelesenen Auffassungen sind jedenfalls weitgehend tendenziös geschrieben oder lassen eindeutig jede Auseinandersetzung mit der Rechtsprechung des BVerfG vermissen.

Der im PKV-System angesparte Kapitalstock könnte dem System der GKV zugeführt werden. Er steht ohnehin den Versicherungsnehmern zu und kann nicht von der PKV vereinnahmt werden.

Für Beamte und ähnlich Gruppen wäre entweder ein schleichender Übergang erforderlich, also Bestandswahrung für bisherige Beamte und Eintritt in das System der GKV durch jüngere, oder ebenfalls ein sofortiger Übertritt. Hierbei ist durch Besoldungsanpassungen sicherzustellen, dass sich keine finanziellen Nachteile für die Betroffenen einstellen. Es ist klar, dass die öffentliche Hand hiervon zunächst durch finanzielle Mehrbelastungen betroffen wäre, auf lange Sicht dürften sich diese aber wieder ausgleichen. Hieran zeigt sich übrigens abermals, wie hinderlich die Schuldenbremse für progressive und ökonomisch sinnvolle Projekte noch werden kann.

Immer wieder wird ferner vorgetragen, dass viele Ärzte allein durch den Anteil an Privatpatienten ihre Praxis ökonomisch sinnvoll betreiben können. Nach den uns bekannten Statistiken kann dies angezweifelt werden. Der Gesundheitsökonom Hartmut Reiners hat hierzu im Dezember 2016 folgende Zahlen vorgelegt: *“Die Arztpraxen machen gegenwärtig im Durchschnitt etwa 30 Prozent ihres Umsatzes mit Privatpatienten. Da Kassenpatienten für vergleichbare Leistungen nur halb so viel Honorar einbringen, drohen Umsatzeinbußen von durchschnittlich 15 Prozent. Das wäre aber nur für einige Arztpraxis wirklich eine Existenzbedrohung. Deren durchschnittlicher Umsatz betrug 2011 nach*

Angaben des Statistischen Bundesamtes (hier) 336.000 Euro, der Anteil der Praxiskosten lag bei 50 Prozent. Bei einem um 15 Prozent auf 285.600 Euro sinkenden Umsatz bliebe immer noch ein

5 Bruttoüberschuss von 143.000 Euro. Ärzte in Gemeinschaftspraxen kämen wegen der niedrigeren Praxiskosten auf 150.000 Euro. Diese Zahlen dürften aktuell wegen der inzwischen erfolgten Vergütungsanhebungen für Kassenärzte jeweils um etwa 10 Prozent höher liegen. Auf jeden Fall bringt die Bürgerversicherung die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte kaum in wirkliche Existenznöte. Auch wären sie nach Fachrichtungen und Regionen bzw. Stadtteilen unterschiedlich betroffen. Hausärzte machen noch nicht einmal halb so viel Umsatz mit Privatpatienten wie Orthopäden oder Dermatologen. Arztpraxen in ländlichen Regionen und Stadtteilen mit 10 einkommensschwacher Bevölkerung hätten meist nur geringe Umsatzeinbußen. Das gilt generell auch für Krankenhäuser. Der Status des Privatpatienten ist dort, wie erwähnt, von einer Zusatzversicherung anhängig, die weiterhin abgeschlossen werden könnte.”

15 Tatsächlich dürfte es aber hier tatsächlich gewisse Härten geben, wie diese auch aus der Hebammenversorgung bekannt geworden sind. Hier sollte es aber möglich sein, im Detail noch zu erarbeitende, Lösungen zu finden.

G3

G3 – Kostenübernahme für Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten

Antragsteller*innen: Juso-AG Nordstadt

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz,
Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag,
SPD-Bezirksparteitag

Antragstext:

5 Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten gehören zu einer aufgeklärten und selbstbestimmten Gesundheitsvorsorge und müssen für jeden Menschen unabhängig von der individuellen finanziellen Situation möglich sein. Daher müssen regelmäßige, ärztlich durchgeführte Tests auf verbreitete sexuell übertragbare Krankheiten zu den Pflichtleistungen der Krankenkassen gehören, deren Kosten vollständig übernommen werden. Die Frage, welche Krankheiten dazu gehören und in welchen zeitlichen Abständen diese Tests von den Leistungen der Krankenkasse gedeckt werden, ist einheitlich zu regeln und regelmäßig neu zu überprüfen.

10 Begründung:

15 Für uns gehört zu einem selbstbestimmten Leben auch eine selbstbestimmte Sexualität. Das heißt aber nicht nur, dass Menschen sich ihre Partner*innen frei aussuchen und ihre Sexualität nach ihren Vorstellungen gestalten können. Dazu gehört auch und vor allem, dass Menschen ihr Sexualeben auch verantwortungsvoll gestalten können, indem sie sich in regelmäßigen Abständen auf sexuell übertragbare Krankheiten testen lassen. Die Untersuchung auf sexuell übertragbare Krankheiten ist für uns nicht verwerflich, sondern Ausdruck einer wahrgenommenen Verantwortung gegenüber der eigenen Gesundheit sowie gegenüber den jeweiligen Partner*innen. Insofern ist es unhaltbar, dass durch den Besuch bei Urolog*innen oder Gynäkolog*innen, um sich auf Krankheiten wie HPV, HIV, 20 Syphilis, Chlamydien und ähnliches testen zu lassen, gegebenenfalls eine Rechnung von über 100 Euro entstehen kann. Eine selbstbestimmte Gesundheitsvorsorge und ein verantwortungsbewusstes Sexualeben können keine Fragen des Geldbeutels sein.

25 Die Prävention von Krankheiten gehört zu den Aufgaben der Krankenkassen. Daher müssen Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten zu den Pflichtleistungen der Krankenkassen nach SGB V aufgenommen werden, welche diese vollständig zu bezahlen haben. Dabei müssen die Tests auf Wunsch in sinnvollen zeitlichen Abständen ermöglicht werden.

G4

G4 – Fernsehunterhaltung barrierefrei gestalten neu Formulierung

Antragsteller*innen: Juso-AG NordOst

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz,
Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag,
SPD-Bezirksparteitag

Antragstext:

5 Eine freie Informationsbeschaffung durch Nutzung verschiedener Quellen ist Grundlage einer offenen Demokratie. Für Gehörlose gibt es derzeit nur wenige Sendungen in Gebärdensprache übersetzt. Daher fordern wir, dass die Nachrichtensendungen der öffentlich rechtlichen Sender in Gebärdensprache übersetzt wird. Des Weiteren fordern wir, dass jede Sendung Untertitelt wird.

Begründung:

10 Erfolgt mündlich.

G5

G5 – Bezahlung für ärztliche Beratung

Antragsteller*innen: Juso-AG NordOst

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz;
Juso-Bundeskongress; SPD-Unterbezirksparteitag;
SPD-Bezirksparteitag; SPD-Bundesparteitag

Antragstext:

Wir fordern Vergütung durch die Krankenkassen, nicht nur für Gerätediagnostik sondern auch im speziellen für die Beratung, Unterstützung und Aufklärung der Diagnose und Therapie.

5 Begründung:

Wir sind dafür, dass Ärztinnen und Ärzte für Arztgespräche (Erläuterung der Medikamenteneinnahme, Wirkungsweise der Therapie etc.) gesondert bezahlt werden, da wissenschaftlich bestätigt ist, dass eine ausführliche Aufklärung eine bessere Medikamenten Einnahme, Wirkung und ein höheres Vertrauen zur Ärztin/Arzt erzielt. So können auch Doppelterminvergaben reduziert werden. So wird verhindert, dass für den Patienten ein Nachteil aus dem Gesundheitssystem entsteht, nur weil man Gespräche nicht als Arbeit bei der Krankenkasse absetzen kann. Diese Art der Vergütung der Arbeit soll nicht auf Lasten der Patienten gehen, sondern die Krankenkassen zu einer besseren Regelung der Bezahlung im Gesundheitswesen drängen.

15

G6

G6 – Mehr Geld und weniger Stress fürs Pflegepersonal durch mehr Arbeitsstellen

Antragsteller*innen: Juso-AG NordOst

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz;
Juso-Bundeskongress; Juso-Landeskonferenz; SPD-
Unterbezirksparteitag; SPD-Landesparteitag
SPD-Bezirksparteitag; SPD-Bundesparteitag

Antragstext:

Wir fordern die Entlastung des Gesundheitssystems, durch die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen sowie eine Attraktivitätssteigerung im Pflegebereich in Krankenhäusern und Kliniken durch besser Bezahlung, Ausbildung und Arbeitsbedingungen. Zudem einen besseren Personalschlüssel.

5

Begründung:

Wir sind dafür, dass Pflegekräfte besser bezahlt werden und des Weiteren mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, um diese nicht nur finanziell (Arbeitsmotivation) sondern auch körperlich zu entlasten. Die Arbeitsbedingungen sollten sich damit verbessern, da sowohl das Rentenalter als auch die Lebenserwartung der Menschen weiter steigt und dies zu einer Doppelbelastungen in diesem Berufsfeld führen. Durch einen niedrigen Personalschlüssel kann dem entgegengewirkt werden. In Folge daraus, fordern wir auch eine Überstundengrenze nach der Schaffung von mehr Arbeitsplätzen. Gesundheit ist unser größtes Gut und das sollten wir schützen.

15

Antragsbereich: Inneres und Kommunales

K1	K1 – Heinz muss bleiben!	
	Antragsteller*innen: Juso-AG Linden-Limmer	
	Weiterleitungen: SPD-Stadtverbandsparteitag, SPD-Stadtratsfraktion Hannover z.K.	

Resolution:

Im Rahmen des Bäderkonzeptes wird es in den kommenden Jahren einen Neubau des Fössebads in Limmer geben. Wir begrüßen diesen Neubau ganz ausdrücklich.

5

Das Béi Chéz Heinz ist als Untermieter im Untergeschoss des Fössebads vom Neubau und der neuen Situation am Standort in der Liepmannstraße ebenfalls betroffen. Da bis zur Fertigstellung bzw. bis zur Inbetriebnahme des Fössebad-Neubaus das alte Fössebad in Betrieb bleiben wird und damit auch das Béi Chéz Heinz seinen Betrieb am Standort problemlos fortsetzen kann, ist ein Neubau nicht nur für das Fössebad wirtschaftlich sinnvoll, sondern ist auch im Interesse des Heinz.

10

Das Béi Chéz Heinz ist ein Ort mit einer immensen kulturellen Bedeutung, die weit über die Grenzen Linden-Limmers, Hannovers und der Region Hannover hinausgeht. Obwohl das Heinz keine städtische Einrichtung ist und auch keine öffentlichen Fördergelder erhält, trägt es zur Kulturlandschaft Hannovers entscheidend bei. Deshalb darf mit dem Betriebsschluss des alten Fössebades nicht der Betriebsschluss des Béi Chéz Heinz einhergehen!

15

Das Heinz muss bleiben. In Unterstützung des Béi Chéz Heinz müssen alle Möglichkeiten für den Verbleib am bisherigen Standort sorgfältig und wohlwollend geprüft werden. Sollten diese zu keiner realisierbaren Option führen, muss das Heinz von städtischer Seite darin unterstützt werden, einen neuen vergleichbaren oder sogar noch besseren Standort zu finden. Dieser muss dann in einer ähnlich passenden Lage gefunden werden, weil eine solche Einrichtung auch davon lebt, dass ein lebendiger und kulturell aktiver Stadtteil vor der Haustür liegt und dort ein produktiver und fruchtbarer gegenseitiger Austausch stattfindet.

20

25

Wir sagen ganz klar: Das Heinz muss bleiben und kann sich unserer Unterstützung sicher sein!

Begründung:

Erfolgt mündlich.

30

K2

K2 – Kein Alkohol ist auch keine Lösung! Resolution gegen Alkoholkonsumverbote im ÖPNV oder im öffentlichen Raum

Antragsteller*innen:

Juso-AG Linden-Limmer + Juso-AG Nordstadt

Weiterleitungen: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Regionsfraktion z.K.

Resolution:

Seit Beginn dieses Neuen Jahres 2017 herrscht in den Bussen, Bahnen und in den Stationen der üstra in Hannover ein Alkoholkonsumverbot. Als Jusos haben wir uns stets gegen solche Verbote positioniert und – zumindest in Hannover – auch mit unserer Mutterpartei darüber gestritten und sie in vielen Punkten auch überzeugen können. Wir bedauern außerordentlich, dass aufgrund einer Meinungsumfrage unter den Fahrgästen nun ein Alkoholkonsumverbot in den Verkehrsmitteln der üstra gilt. Der Zeitpunkt, an dem sich die SPD in der Region Hannover zu diesem Schritt entschlossen hat, so kurz vor der Kommunalwahl, war zudem katastrophal. Wie viele Erst- und Jungwähler*innen wir durch diese Entscheidung verloren haben, wissen wir nicht, aber gewonnen haben wir dadurch mit Sicherheit keine*n Einzige*n.

Wir Jusos bleiben dabei: Wir wollen keine Verschiebedebatten führen, die sich weder mit den eigentlichen Problemen befassen, noch Lösungen für diese Probleme bereithalten. Natürlich verschließen wir nicht die Augen davor, dass alkoholisierte Personen im öffentlichen Raum und im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) durchaus für Probleme sorgen können. Vandalismus, Lärm sowie Handgreiflichkeiten kommen in Verbindung mit Alkohol vor. Solche Verhaltensweisen verurteilen wir klar und deutlich, da öffentlicher Raum aus unserer Sicht ein Wohlfühlraum für alle sein muss. Allerdings ist Alkohol nicht die einzige Ursache für solches Verhalten. Auch nicht-alkoholisierte Menschen können sich so verhalten.

Außerdem geht es bei den diskutierten Verboten stets nur um den aktuellen Konsum von Alkohol. Ein Alkoholkonsumverbot bestimmt also nicht darüber, wo sich bereits alkoholisierte Personen aufhalten und ob diese auch weiterhin Bus und Bahn nutzen. Hinzu kommt, dass die erwähnten Verhaltensweisen bereits jetzt nicht erlaubt sind – egal ob alkoholisiert oder nicht. Durch Fehlverhalten können Menschen im öffentlichen Raum von der Polizei durch Platzverweise und im ÖPNV durch den*die Fahrer*in des Busses oder der Bahn über das Hausrecht der üstra verwiesen werden.

Wer glaubt durch ein Alkoholkonsumverbot unerwünschtes Verhalten alkoholierter Personen im öffentlichen Raum oder ÖPNV zu verhindern, irrt also! Stattdessen sorgen wir mit einem Verbot nur dafür, dass der Konsum von Alkohol kriminalisiert wird, ohne dabei irgendeine wirkliche Verbesserung für irgendwen zu erreichen.

Gerade in einer Stadt wie Hannover, in der die Verweildauer im ÖPNV sehr kurz ist, sind Bahnpartys kein Phänomen, das in nennenswerter Häufigkeit auftritt. Die Menschen nutzen den ÖPNV, um vom Vorglühen zur Party zu kommen und nach der Party für den Heimweg. Der Vorteil daran, dass während der zwischenzeitlichen kurzen Verweildauer in der Bahn, dem Bus und der Haltestelle kein Alkohol konsumiert werden darf, ist für uns weder erkennbar noch verständlich. Auch das Argument des höheren Maßes an Sauberkeit durch dieses Verbot leuchtet nicht ein. Es wird auch weiterhin in Bussen, Bahnen und Stationen der üstra gegessen und - Nicht-Alkoholisches - getrunken werden und auch sich übergebende alkoholisierte Personen wird man hier weiterhin antreffen.

Abschließend soll klargestellt werden, dass dies kein Plädoyer dafür ist, Verbote gegen alkoholisierte Menschen im ÖPNV oder allgemein im öffentlichen Raum zu erwirken.

5 Eben diese Argumente gegen ein Alkoholkonsumverbot im ÖPNV gelten auch für andere öffentliche Räume. Wenn man solche oder ähnliche Verbote auf der Limmerstraße, um die Lutherkirche oder auf dem Raschplatz einführen und durchsetzen möchte, dann verlagert man dadurch den Alkoholkonsum nur auf andere Plätze, in Nebenstraßen und auf Spielplätze.

10 Solche Ansätze sind für uns blinder Aktionismus und „Verdrängeritis“ anstatt das zu tun, was eine Stadt wie Hannover tatsächlich braucht: eine mutige und gestaltende Kommunalpolitik, die das Miteinander in der Stadtgesellschaft fördert!

15 Kurzum: Es ist einfach nicht nachvollziehbar, warum sonst so oft vermeintliche Vernunft-Argumente oder angebliche Sachzwänge als Begründung für unpopuläre politische Entscheidungen bemüht werden. In der Frage eines Alkoholkonsumverbotes im ÖPNV aber hingegen die vielen vernünftigen Argumente einfach übergangen wurden. Hier hätten wir von der SPD Region Hannover und unserer Regionsfraktion mehr Haltung und mehr Loyalität gegenüber unseren Beschlusslagen erwartet!

20 Das Alkoholkonsumverbot ist und bleibt Symbolpolitik. - Das Symbol sorgt für die Kriminalisierung von Alkohol konsumierenden Menschen. Verbesserungen bringt das Verbot dagegen nicht.

K3

K3 – Fahrräder

Antragsteller*innen: Juso-AG SüdOst

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz,
SPD-Unterbezirksbeirat

Antragstext:

Wir fordern, dass öffentliche Fahrradabstellplätze, vor allen in Bereichen mit viel Publikumsverkehr, nicht dauerhaft von funktionsuntüchtige Fahrräder besetzt werden. So sollen u.a. Fahrräder, die mehr Werbeträger als Beförderungsmittel sind, entfernt werden.

5 **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

K4

K4 – Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus

Antragsteller*innen: Juso-AG SüdOst

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz,
SPD-Unterbezirksbeirat

Antragstext:

Wir fordern eine deutliche Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus in der Kommune, Land und Bund. Das Programm muss sowohl den Neubau als auch den (Rück-)Kauf geeigneter Immobilien beinhalten und muss unverzüglich gestartet werden. Zusätzlich sollen vermehrt neue Wohnungen
5 gebaut werden, welche ohne Bedarfsschein vergeben werden, die einen Quadratmeterpreis deutlich unterhalb der ortsüblichen Miete aufweisen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

10

K5

K5 – Tiefseehafen am Maschsee

Antragsteller*innen: Juso-AG Südstadt-Bult

Weiterleitungen: SPD-Stadtverbandsparteitag;
Juso-Landeskonferenz; SPD-Landesparteitag

Antragstext:

Wir fordern, am Maschsee einen Tiefseehafen zu errichten und den Maschsee mit dem Stichkanal Hannover-Linden zu verbinden.

5 Begründung:

Die Stadt Hannover ist eine wachsende Stadt. Um auch in der Zukunft von einer wachsenden Wirtschaft zu profitieren, muss in die Infrastruktur investiert werden.

10 Hannover ist optimal gelegen: Die Autobahnen A2 und A7 treffen sich, es gibt einen großen Eisenbahnknotenpunkt, mit geplantem Güterbahnhof auf der Bult, und viele Logistikunternehmen. Eine weitere Verbindung ergibt sich mit dem geplanten Flughafen in Hannover-Waldheim. Durch einen Hafen können alle diese Standortfaktoren verknüpft werden und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

15 Durch den geplanten Tiefseehafen können Containerschiffe der neusten Kategorie sowie große Kreuzfahrtschiffe Hannover anlaufen. Letztes würde die Zahl der Touristen erhöhen, wodurch die Hotel- und Gastgewerbe sowie der Einzelhandel in Hannover profitieren.

Der neue Hafen würde in Sichtweite des Stadions von Hannover 96 gebaut werden, was die Anreise der internationalen Fans zu den Champions-League-Spielen deutlich verkürzen würde.

20 Um die Vorteile des Hafens optimal nutzen zu können, ist die Verbindung vom Maschsee mit dem ausgebauten Stichkanal Hannover-Linden unumgänglich.

K6

K6 – Einführung einer Sperrklausel bei Kommunalwahlen

Antragsteller*innen: Juso-AG Vahrenwald-List

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz;
Juso-Landeskonferenz

Antragstext:

Wir fordern die Einführung einer Sperrklausel von 2,5 % für Räte, Kreistage und Regionsversammlungen in Niedersachsen.

5 Begründung:

Im Zuge der zunehmenden Zersplitterung der Parteienlandschaft, erfahren auch die kommunalen Parlamente einen deutlichen Zuwachs an Fraktionen und Gruppen. Durch diese Entwicklung ist die Arbeitsfähigkeit der kommunalen Parlamente erheblich erschwert.

10

Das störungsfreie Funktionieren der Selbstverwaltung der Kommunen muss gewährleistet werden. Durch die zunehmende Präsenz von Splitterparteien, die häufig Klientelinteressen verfolgen, ist dies allerdings gefährdet. Da die Kommunen auch Trägerinnen wesentlicher Staatsaufgaben sind, ist es wichtig eine solche Gefährdung zu vermeiden.

15

Darüber hinaus ist es wichtig im Zuge es immer stärker wachsenden Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus Sorge zu tragen, dass rechte Parteien nicht die Politik in den Kommunen bestimmen und das gesellschaftliche Klima in den Kommunen verschlechtern.

20

Eine Sperrklausel von 2,5 % ist ein sinnvoller Kompromiss zwischen dem Grundsatz der Gleichheit der Wahl und dem Funktionieren unserer Verwaltungen, wie es auch bereits in 11 anderen Bundesländern der Fall ist.

25

K8

K8 - Bekämpfung von Institutionellem Rassismus in der Polizei

AntragstellerInnen: Juso-AG Burgdorf

Weiterleitungen: Juso-Landeskonferenz

Antragstext:

Institutioneller Rassismus und Polizeigewalt stellen ein immer wiederkehrendes Problem im deutschen Polizeisystem dar. Wir Jusos fordern die Innenminister der Länder auf, mehr gegen institutionellen Rassismus in den Polizeibehörden zu unternehmen und fordern daher:

- 5 1. ein regelmäßiges Antirassismustraining für Polizist*innen.
2. die Abschaffung von verdachts-, erkenntnis-, oder anlassunabhängigen Polizeikontrollen im Sinne des § 12 Abs. 6 Nds.SOG sowie die Abschaffung ähnlicher Vorschriften in anderen Bundesländern. Zugleich sind Möglichkeiten für eine objektiveren Kriterien obliegenden Polizeiarbeit im Rahmen der Prävention von Straftaten im Sinne des § 12
- 10 Abs. 6 Nds. SOG zu schaffen.
3. eine unabhängige Beschwerdestelle, die Vorfälle von Gewalt und Diskriminierung durch Polizist*innen untersucht.

Begründung:

15 Mit Institutionellem Rassismus ist nicht gemeint, dass alle Polizist*innen per se Rassist*innen sind, sondern es benennt das Versagen der Institution Polizei, Menschen im Sinne der Gleichbehandlung unabhängig von kulturellem Hintergrund oder äußerlichen Kriterien professionell zu behandeln.

Institutioneller Rassismus äußert sich meist durch Ängste, Nichtwissen und gesellschaftliche, zum Teil unbewusste, Vorurteile, aber auch durch konkrete Stigmatisierungsansätze im Polizeialltag und in der Ausbildung.

20 **Bekämpfung von Labeling**

Befragungen von Polizist*innen haben ergeben, dass diese sich von fremden Kulturen und Umgangsformen oftmals sehr schnell bedroht fühlen. Hinzu kommt, dass Kriminalität häufig soziale Ursachen hat. Durch die häufige Berührung mit krimineller Klientel werden in vielen Fällen bereits vorhandene Vorurteile bestätigt. Der kriminologische Ansatz der Etikettierung (Labeling) besagt, dass

25 durch vorhandene Vorurteile bei bestimmten sozialen Gruppen genauer „hingeschaut“ wird, obwohl diese im Vergleich zur restlichen Bevölkerungsgruppe nicht unbedingt krimineller sind. Dadurch entstehen unterschiedliche Aufklärungsquoten, was wiederum zur erneuten Stigmatisierung der sozialen Gruppe führt. Deshalb ist ein verpflichtendes und regelmäßiges Antirassismustraining für Polizist*innen in allen Bundesländern notwendig, um das eigene Verhalten ständig zu reflektieren.

30 **Bekämpfung von Racial und Social Profiling**

Im Polizeirecht der Länder und im Bundespolizeirecht gibt es Vorschriften in Bezug auf verdachts-, erkenntnis-, und anlassunabhängige Personenkontrollen – auch Schleierfahndung genannt (z.B. § 12 Abs. 6 Nds. SOG und § 22 Abs. 1a BPolG). Diese führen dazu, dass Personen oftmals lediglich aufgrund phänotypischer Merkmale angehalten und überprüft werden. Diese Kontrollen sind ei-nes

der deutlichsten Anzeichen für eine Ungleichbehandlung und rassistische Diskriminierung von Menschen und nach Artikel 3 Absatz 3 S.1 GG verboten. Hinzu kommen diverse völkerrechtliche Bestimmungen (EMRK, ICCPR), die rassistische Diskriminierung und damit auch „Racial und Social Profiling“ untersagen. Dennoch kommt es immer wieder vor, dass Personen unterschiedlicher Herkunft ohne einen begründeten Verdacht oder einer konkreten Gefahrenlage von Polizist*innen zur Identitätsüberprüfung angehalten und durchsucht werden. Der Anknüpfungspunkt hat in die-sen Fällen meist phänotypische Merkmale.

Auch wenn die Vorschrift des § 22 Abs. 1a BPolG als Gefahrenabwehr bzw. als Gefahrenvorsorge zur Verhinderung oder Unterbindung unerlaubter Einreise in das Bundesgebiet dienen soll, ist ihre Angemessenheit jedoch stark anzuzweifeln. Lediglich bei 1% der kontrollierten Personen haben sich bisher tatsächlich Verstöße gegen einreise- bzw. aufenthaltsrechtliche Bestimmungen feststellen lassen. Allein aufgrund ihrer Ineffektivität gehören Bestimmungen zur Schleierfahndung abgeschafft.

Errichten einer unabhängige Beschwerdestelle

Eine unabhängige Beschwerdestelle für die Untersuchung von rassistischen Vorfällen, aber auch zur Untersuchung von „Polizeigewalt“ ist von enormer Wichtigkeit. In anderen europäischen Ländern sind dortige Beschwerdestellen fest als eigenständige Behörden institutionalisiert. Zudem sollten Polizist*innen grundsätzlich nicht gegen ihre eigenen Kolleg*innen ermitteln, da nicht selten die kollegiale Solidarität aus einem falsch verstandenen Korpsgeist adäquate Ermittlungen gegen straffällig gewordenen Polizist*innen verhindert. Da nur circa 3% der Strafanzeigen gegen Polizist*innen tatsächlich zur Anklage gebracht werden, ist ein unabhängiges Organ dringend notwendig.

Fazit

Leider umfasst der Institutionelle Rassismus noch mehr als die aufgeführten Forderungen. Zu ihm gehören auch rassistische Ermittlungsansätze, die am Beispiel des NSU verdeutlichen, dass Beweise und Tatmotive ausgeschlossen und/oder in eine bestimmte Richtung forciert werden.

Unsere Forderungen markieren somit nur einen ersten Ansatz zur Bekämpfung von institutionellem Rassismus. Der Fall des NSU verdeutlicht wie Menschen auch heutzutage von einem staatlichen Organ rassistisch behandelt und zudem noch allein gelassen werden. Jede Form von institutionellem Rassismus widerspricht in fundamentaler Weise unserem Verständnis als Jusos von einer weltoffenen, solidarischen Gesellschaft und darf auf keinen Ebenen toleriert werden.

K9

K9 – Umweltschutz ermöglichen - 11-Punkte-Plan für ein ökologischeres Hannover

Antragsteller*innen: Juso-AG Südstadt-Bult

Weiterleitungen: SPD-Stadtverbandsparteitag; SPD AG Umwelt

Antragstext:

Die Jusos mögen folgende Maßnahmen für die Stadt bzw. Region Hannover beschließen:

1. Bike-Sharing ausbauen

Um eine umweltfreundliche Alternative zu Autofahren zu bieten, soll die Stadt Hannover aktiv die Fahrradvermietung fördern und diese öffentlich ausschreiben. Ein Vorbild dafür wäre z.B. das System in Hamburg.

2. Radwege ausbauen und erneuern

Immer noch Fehlen bei vielen Straßen in Hannover Fahrradwege, oder sie sind in einem beschädigten Zustand. Um einen Anreiz zu bieten, das Fahrrad dem Auto vorzuziehen, soll das Radwegnetz in Hannover massiv verbessert und ausgebaut werden.

Es sollen des Weiteren eine Vielzahl an neuen Radschnellwegen gebaut werden.

3. Car-Sharing ausbauen

In einer Stadt mit einem gut ausgebauten, kostengünstigen und benutzerfreundlichen Car-Sharing-System verzichten mehr Menschen auf ein eigenes Auto. Um dies zu fördern, soll die Stadt Hannover sich um die neue Einführung eines solchen, einheitlichen Systems engagieren. Dabei sind Anbieter*innen mit Elektroautos vorzuziehen.

4. Elektromobilität ermöglichen & ausbauen

Das Elektroauto ist eine umweltschonende Alternative zu herkömmlichen Autos. Doch wechseln nur sehr wenige zu den Elektroautos, da die benötigte Infrastruktur noch nicht vorhanden ist. Um das zu ändern, sollen in der ganzen Stadt die erforderlichen infrastrukturellen Maßnahmen ergriffen werden. Hierzu gehört ein Plan, der sowohl Park- als auch Aufladestationen vorhält. So sollte auf jedem öffentlichen, größeren Parkplatz (z.B. vor Supermärkten) 10 % der Parkplätze mit einer Aufladestation versehen sein.

5. Elektrobuslinien ausbauen

Die neue Serie der Elektrobusse der ÜSTRA sind ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings fahren diese erst auf einer Linie. Die Stadt Hannover sollte den Ausbau fördern, so dass in Zukunft alle Buslinien von Elektrobusen befahren werden.

6. GVH-Tickets vergünstigen

Die zweckmäßigste Alternative zum eigenen Auto ist der ÖPNV. In Hannover gibt es einen sehr gut ausgebauten ÖPNV, mit dem man oftmals sogar schneller an sein Ziel kommt, als mit einem Auto. Allerdings steigen die Ticketpreise des GVH stetig, und werden somit nicht mehr für jede*n bezahlbar. Auf der einen Seite steigt die Anzahl der Nutzer des kostenfreien Sozialtickets, auf der anderen Seite steigen die Preise für die Nutzerinnen und Nutzer, die keine Vergünstigten in Anspruch nehmen können (Vollzahler*innen). Diesem Trend soll die Stadt Hannover entgegenwirken, in dem sie durch öffentliche Förderung die Fahrkartenpreise grundsätzlich absenkt und in ein abgewogenes Verhältnis setzt. Zudem soll die Uestra die Kriterien für das JOB Ticket, das Arbeitgeber*innen ihren

Arbeitnehmer*innen anbieten überprüfen, deutlich niedrigschwelliger gestalten. So können auch Arbeitgeber*innen von kleineren Betrieben ihren Angestellten den Zugang zum ÖPNV erleichtern.

5 **7. Aufklärungsarbeit durch Informationsmaterialien- und Veranstaltungen**

Zur Aufklärung über den Klimawandel, dessen Folgen und Möglichkeiten eines Jeden diesem entgegenzuwirken, soll die Stadt Hannover ein umfangreiches Angebot an Informationsmaterialien-und Veranstaltungen u.a. für Schulen zur Verfügung stellen.

10 **8. Öffentliches Stadtgrün erhöhen – Hannover soll bunter werden**

Hannover ist eine grüne Stadt – doch sollte sie bunter werden. Es soll ein Plan entwickelt werden, der aufzeigt, wo Bäume, Sträucher und Blühpflanzen/-streifen vermehrt entwickelt werden sollten. Hierbei soll auf besondere Standortgerechtigkeit gesetzt werden, monokulturelle Elemente vermieden werden und ein Beitrag zu mehr Natur in der Stadt (biologische Vielfalt) sowie zum Klima-und Emissionsschutz geleistet werden. Dieser Plan soll zeitnah umgesetzt werden.

15 **9. Regionale und vollwertige Außer-Haus-Verpflegung in den öffentlichen Kantinen und Mensen**

Bei der Auswahl des angebotenen Essens in öffentlichen Kantinen (z.B. in Schulen, Uni, Verwaltungsgebäude etc.) sollte auf ein vollwertiges Angebot aus regionalen Produkten geachtet werden. Der Bio-Anteil soll mindestens 50% betragen und der Fleischanteil sollte allgemein reduziert werden. Es empfiehlt sich, sich bei Ausschreibungen an die DGE-Qualitätsstandards zu halten.

20 **10. Wasserstraßen verbessern**

Um die Gesundheits- und Umweltbelastungen durch den Schwerlastverkehr zu reduzieren, muss die Infrastruktur für den Güterverkehr per Schiff umweltverträglich ausgebaut werden.

25 **11. Energieversorgung der Städtischen Gebäude durch erneuerbare Energien erhöhen**

Die Gebäude der Stadt sollten in Zukunft vermehrt auf erneuerbar Energien umsteigen, wie z.B. Fotovoltaik oder Erdwärmepotenziale zeitnah erschließen. Dazu sollte z.B. auf jedem Dach eines öffentlichen Gebäudes Solarenergieanlagen angebracht werden wenn möglich.

30 **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

35

K10

K10 – Übertragung der Sitzungen kommunaler Gremien der Region Hannover im Internet

Antragsteller*innen:

Juso-AG Neustadt am Rübenberge + Juso-AG Wunstorf

Weiterleitungen: SPD-Unterbezirksparteitag;
SPD-Regionsfraktion

Antragstext:

Die Jusos Neustadt und Wunstorf beantragen, dass aufgrund der Zunahme der Digitalisierung zukünftig den öffentlichen Teil der Sitzungen kommunaler Gremien der Region Hannover für alle Bürger*innen einfach und unkompliziert im Internet übertragen werden.

1. Sitzungen aller kommunaler Gremien der Region Hannover werden als Livestream audiovisuell im Internet übertragen.
2. Die Aufzeichnungen der Sitzungen allerkommunaler Gremien werden jeweils ab dem Tag nach der Sitzung über die Homepage der Gremien öffentlich gemacht.

10 Begründung:

Kommunalpolitik sollte transparent und für alle Bürger*innen leicht zugänglich sein. Die Ratssitzungen und die Fachausschusssitzungen sind öffentlich und können besucht werden. Einem Teil der Bevölkerung wird aufgrund von Berufstätigkeit, zunehmenden Alters, Immobilität, Betreuung von Kindern oder zu pflegenden Angehörigen diese Möglichkeit verwehrt. Immer mehr Städte in Deutschland gehen dazu über, die öffentlichen Sitzungen des Stadtrats, der Fachausschüsse und der Ortsräte live im Internet zu übertragen. Alle kommunalen Gremien der Region Hannover sollten ein größtmögliches Interesse an der Erweiterung des Kreises der politisch interessierten und involvierten Bevölkerung haben. Ein niedrigschwelliges Angebot zur Begleitung aller kommunaler Gremien kann dazu ein Baustein sein.

Die Jusos Neustadt und Jusos Wunstorf beantragen daher, dass zukünftig die Sitzungen der kommunalen Gremien der Region Hannover ohne großen Aufwand für die Bürger*innen der Region Hannover live per Internet (Periscope, facebook-live o.ä.) gestreamt werden. Wir wollen damit den unkomplizierten und einfachen Zugang zur Kommunalpolitik sicherstellen und den Bürger*innen die Möglichkeit geben, sich mit der Politik vor Ort, ohne großen Aufwand, auseinanderzusetzen. Gerade junge Menschen vereinfachen wir so den Einstieg in die Kommunalpolitik.

Politische Partizipation sollte so wenig wie möglich an technischen Hürden scheitern. Die Auswahl zwischen eigener Teilnahme, Live-Stream und schließlich Video-Archiv stellt die breitestmögliche Angebotsvielfalt für die Bürger*innen unserer Region dar.

35

Antragsbereich: Organisation

01	O1 – Gremienzeiten	
	Antragsteller*innen: Juso-AG SüdOst	
	Weiterleitungen: SPD-Unterbezirksparteitag	

Antragstext:

- Wir fordern, dass Gremien in der Kommunalpolitik, wie etwa Regions-,Stadt- oder Bezirksräte aber auch Ausschüsse und Arbeitsgemeinschaften sowie innerparteilichen Gremien zu einer Zeit
- 5 beginnen, bei der Arbeitnehmer*innen mit einem normalen Achtstundentag teilnehmen können, auch wenn sie von ihren Arbeitgeber nicht freigestellt werden. Die Sitzungszeiten sollen dafür grundsätzlich arbeitnehmer*innenfreundlich gestaltet werden und sich in erster Linie an den Mitgliedern des jeweiligen Gremiums orientieren.

Begründung:

- 10 Erfolgt mündlich.

03

03 – Gegen den Verpackungsmüll im Wahlkampf

Antragsteller*innen: Juso-AG Südstadt-Bult

Weiterleitungen: SPD-Unterbezirk Hannover,
Juso-Bezirkskonferenz Hannover,
SPD-Bezirkskonferenz Hannover,
Juso-Landeskonferenz, SPD-Landeskonferenz,
Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Antragstext:

Wir fordern, dass die Wahlkampfmaterialien (Kugelschreiber, Gummienten, ...) für die kommenden Wahlkämpfe nicht mehr einzeln in Plastik verpackt sind, sondern möglichst ohne Einzelverpackungen geliefert werden.

5 Begründung:

Da bei jeden Wahlkampf z.B. mehrere tausende Kugelschreiber und etliche weitere einzelverpackte Objekte verteilt werden, entsteht hier zur Zeit erheblicher ökologischer Schaden der einfach vermieden werden könnte. In Zeiten der immer stärker werdenden Umweltverschmutzung sollten wir als Partei mit guten Beispiel vorangehen und dafür sorgen das unsere Lieferant*innen sinnvolle ökologische Verpackungsmaterialien verwenden sollen.

10

06

06 – Möglichkeit zur politischen Mitarbeit verbessern – Migranten den Einstieg in die SPD erleichtern

Antragsteller*innen: Juso-AG Vahrenwald-List

Weiterleitungen:

Antragstext:

Migrant*innen soll der Einstieg in die Parteiarbeit erleichtert und gleichzeitig die Attraktivität der Jusos/SPD vergrößert werden. Hierfür soll der Unterbezirksvorstand der Jusos Region Hannover, in Zusammenarbeit mit dem AK-Internationales ein zweiteiliges Programm für das Jahr 2017 in Angriff nehmen. Des Weiteren soll das Programm zunächst vor allem auf spanischsprachige Migrant*innen beschränkt werden und bei Erfolg auf andere Sprachen ausgeweitet werden.

Phase 1

- 10 In einem ersten Schritt muss es darum gehen, auf die Arbeit der SPD aber speziell auch der Jusos aufmerksam zu machen. Hierfür soll ein spanischsprachiger Juso/SPD-Flyer ausgearbeitet werden, der insbesondere über Themen, die im Zusammenhang mit dem Arbeitnehmerrechten in Deutschland stehen, informiert. Viele Spanier*innen die zum Arbeiten nach Deutschland ziehen kennen sich häufig mit dem hiesigen Arbeitsrecht nicht aus und werden deswegen häufig von ihren Arbeitgeber*innen benachteiligt oder ausgenutzt. Des Weiteren soll auf diesen Flyern eine Kontaktmöglichkeit (z.B. eine Mail Adresse) stehen, die von spanischsprachigen Genoss*innen betreut wird. Diese Flyer sollen in einer Verteilaktion gezielt an spanischsprachige Haushalte verteilt werden.
- 15
- 20 Mit diesem Flyer soll also einerseits allgemeine Information vermittelt und auf die Arbeit der SPD/Jusos verwiesen werden und andererseits soll eine erste Kontaktmöglichkeit mit uns Jusos angeboten werden.

Phase 2

- 25 In einem zweiten Schritt soll es nun darum gehen die Bindung an die Jusos/SPD durch eine sowohl informative, als auch gesellige Veranstaltung zu vertiefen. Diese Veranstaltung in spanischer Sprache (alternativ auf Spanisch und Deutsch) unter Schirmherrschaft der Jusos/SPD kann z.B. zunächst über unsere politische Arbeit und unsere Ziele informieren. Anschließend könnte es eine Podiumsdiskussion geben, zu denen Vertreter*innen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft eingeladen werden. Auch bei dieser Veranstaltung kann das Arbeitsrecht im Mittelpunkt stehen. Die Referent*innen sollten das Spanische nach Möglichkeit beherrschen.
- 30

Begründung:

- 35 Die Migration aus Süden Europas nach Deutschland hat eine große Tradition. Bereits in den 60er und 70er Jahren kamen viele Gastarbeiter aus Spanien nach Deutschland und in Hannover gibt es noch immer eine große spanischsprachige Community bestehend aus den Nachkommen dieser Gastarbeiter. Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise, die insbesondere in Spanien für eine hohe Jugendarbeitslosigkeit verantwortlich war, kommen vermehrt sowohl gut ausgebildete junge Akademiker und neuerdings durch Ausbildungsprogramme auch junge Auszubildende aus Spanien nach Hannover. In Hannover z.B. gibt es das Projekt „Adelante“ der Caritas, das jungen Spaniern eine Ausbildung in Hannover organisiert. Die neuen Migranten sind oftmals, bedingt durch sprachliche Schwierigkeiten isoliert und freuen sich über neue Kontaktmöglichkeiten in ihrer neuen Heimat.
- 40

Welches Potential diese Personengruppe bietet wurde z.B. von den Zeugen Jehovas bereits erkannt. Diese haben seit einigen Monaten eine neue Strategie. spanischsprachige Zeugen Jehovas durchstreifen seit einigen Monaten Hannover, verteilen Spanische Flyer an spanischsprachige Haushalte und sprechen diese auch direkt an.

- 5 Umso nötiger ist es, dass die SPD/Jusos eine Alternative zu dieser Sekte bieten und spanischsprachige Migranten direkt ansprechen um ihnen die Möglichkeit zur politischen Mitarbeit zu geben.

Antragsbereich: Wirtschaft, Finanzen und Arbeit

W1	W1 – Abgeltungsteuer für Kapitaleinkünfte abzuschaffen	
	AntragstellerInnen: Juso-AG Burgwedel	
	Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz; Juso-Landeskonferenz; Juso-Bundeskongress; SPD-UB-Parteitag; SPD-Bezirksparteitag; SPD-Landesparteitag; SPD-Bundesparteitag	

Antragstext:

Wir fordern hiermit, die sogenannte Abgeltungsteuer für Kapitaleinkünfte abzuschaffen, vielmehr sollen Kapitaleinkünfte wieder im regulären System der Einkommensteuer mit dem individuellen Steuersatz und unter Berücksichtigung angefallener Werbungskosten besteuert werden.

Begründung:

10 a) Darstellung der gegenwärtigen Situation

Nach § 2 Einkommensteuergesetz (EStG) unterliegen die folgenden Einkünfte der Einkommensteuer:

1. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
- 15 2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb,
3. Einkünfte aus selbständiger Arbeit,
4. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit,
5. Einkünfte aus Kapitalvermögen,
6. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
- 20 7. sonstige Einkünfte im Sinne des § 22.

Die Einkunftsarten der Nr. 1.- 3. sind die sog. Gewinneinkunftsarten und werden i.d.R. durch Bilanzierung oder andere gesetzlich vorgeschriebene Gewinnermittlungsverfahren (z.B. § 4 Abs. 3 EStG, Tonnagebesteuerung etc.) ermittelt. Die Einkunftsarten der Nr. 4. - 7. sind die sog. Überschusseinkunftsarten, da sie sich aus dem Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben für diese Einkünfte (sog. Werbungskosten) ermitteln. Damit liegt dem Einkommensteuergesetz als grundlegender systematischer Gedanke das sog. Nettoprinzip zu Grunde. D.h. es werden in der Regel nicht nur die Einnahmen besteuert, sondern diese um Ausgaben (korrekter: Aufwand) gemindert um dem Gebot einer leistungsgerechten Besteuerung nachzukommen.

Die aus den vorgenannten Einkünften ermittelte Summe unterliegt sodann, unter Berücksichtigung von Sonderausgaben, außergewöhnlichen Belastungen und bestimmten pauschalen Abzugsbeträgen, der Besteuerung. D.h. auf diesen Betrag (sog. zu versteuerndes Einkommen) wird ein Steuersatz angewendet. Ebenfalls vor dem Hintergrund einer leistungsgerechten Besteuerung, ist dieser Steuersatz nicht fix, sondern abhängig vom zu versteuernden Einkommen (sog. progressiver Steuertarif). Eine ledige, konfessionslose, kinderlose Person hätte für 2016 bei einem zu versteuernden Einkommen von EUR 30.000 Einkommensteuern + Solidaritätszuschlag in Höhe von rd. EUR 5.800 zu entrichten, wäre also mit ca. 19 % belastet; selbige Person wäre bei einem Einkommen von EUR 60.000 bereits mit ca. 30 % und bei einem Einkommen von 90.000 mit einem Steuersatz von rd. 35 % belastet.

Beide vorstehend dargestellte Prinzipien (Nettoprinzip und individueller Steuersatz) hat der Gesetzgeber mit Wirkung ab dem Veranlagungszeitraum 2009 für Kapitaleinkünfte durchbrochen. Kapitaleinkünfte sind insbesondere Zinsen und Dividenden, aber auch Gewinne aus dem Verkauf von Aktien, soweit sie nicht zu einer der anderen Einkunftsarten (vgl. oben) gehören. Dadurch werden also vor allem private Kapitaleinkünfte steuerlich gesondert behandelt.

Für diese Einkünfte gilt nämlich ein gesonderter Steuertarif von 25 % zzgl. Solidaritätszuschlag (= 26,375 %). Dieser Tarif hat sodann Abgeltungswirkung, d.h. es fällt keine individuell höhere Steuer mehr an, die Kapitaleinkünfte gehen folglich auch nicht in die Summe der übrigen Einkünfte bzw. in das zu versteuernden Einkommen ein. Nachteilig wirkt für den Steuerpflichtigen allerdings, dass in

der Regel Bruttoeinnahmen bzw. Brutto-Veräußerungs- gewinne besteuert werde, d.h. Ausgaben im Zusammenhang mit den Einnahmen und Veräußerungsgewinnen nicht von der Steuer abgesetzt werden können.

5 b) Kritik an der gegenwärtigen Situation

Das System der Abgeltungsteuer ist ungerecht, da es nicht dem Prinzip einer leistungsgerechten Besteuerung entspricht:

- 10 • Ausgerechnet volkswirtschaftlich minderwertigste Tätigkeiten (Kapitalanlage und Spekulation) werden steuerlich systematisch begünstigt
- Arbeitseinkommen und unternehmerische Tätigkeit werden steuerlich benachteiligt.
- 15 • Kapitaleinkünfte in großem Umfang erzielen in der Regel nur besonders wohlhabende und reiche Personenkreise. Insbesondere große Unternehmensinhaber erzielen dabei Dividendenerträge in Millionenhöhe. Ihr Steuersatz ist mit 25 % damit kleiner als der eines Arbeitnehmers mit einem Einkommen von EUR 60.000.
- 20 • Dies fördert die weitere Ungleichverteilung von Vermögen in Deutschland und ist damit auch aus makroökonomischer Sicht nicht zu empfehlen.
- Dabei ist ferner zu beachten, dass die Kapitaleinkünfte aktuell nicht in die Bemessung des Einkommensteuertarifs einfließen und somit zusätzlich noch zu einem günstigeren Steuertarif für das restliche Einkommen führen.
- 25 • Es ist ferner zu bedenken, dass insbesondere durch verdeckte Gewinn- ausschüttungen Gestaltungen denkbar sind, in denen im Zusammenspiel mit GmbH-Beteiligungen besonders günstige steuerliche Situationen “herbei gestaltet” werden.
- 30 • Andererseits ist es aus Gerechtigkeitserwägungen nicht haltbar, dass faktisch Bruttoeinnahmen der Besteuerung unterworfen werden.
- Zusätzlich sei darauf hingewiesen, dass die Abgeltungsteuer keineswegs zu einer echten
- 35 Verwaltungsvereinfachung geführt hat, stattdessen existieren von der Abgeltungsteuer zahlreiche Ausnahmen bzw. im Rahmen der Abgeltungsteuer notwendige Regelungen, in denen dennoch eine Veranlagung erfolgen muss oder kann. Mehrfache Berechnungskreise und Günstigerprüfungen sind erforderlich.
- 40 • Steuerpflichtige verstehen oft die auf Bankebene geführten Verlusttöpfe nicht bzw. stellen
- notwendige Anträge bei den Instituten (zum 15 Dezember) nicht und vergeben sich dadurch steuerlich günstige Verlustverrechnungen. Hingegen sind wohlhabende Personenkreise insoweit oft steuerlich beraten und daher abermals bevorteilt.
- 45 • Im Zusammenhang mit dem Kirchensteuerabzug mussten in den letzten Jahren viele Steuerpflichtige ihre Konfessionszugehörigkeit an Finanzinstitute melden, eine an sich höchstpersönliche und private Angelegenheit. Um den damit verbundenen datenschutzrechtlichen Bedenken zu begegnen, hat der Gesetzgeber weiterhin die
- 50 Möglichkeit aufrecht erhalten müssen, die Kirchensteuer nicht zu melden und die Kapitaleinkünfte dann doch durch die Finanzverwaltung einer gesonderten Veranlagung zu unterwerfen um die Kirchensteuer doch noch zutreffend erheben zu können.

55 Nach alledem ist die Abgeltungsteuer als administrativer Wahnsinn anzusehen und stellt eine ungerechtfertigte und unsoziale Bevorteilung wohlhabender und reicher Personenkreise da.

c) Lösungsansätze

5 Kapitaleinkünfte sollen wieder im regulären System der Einkommensteuer mit dem individuellen Steuersatz und unter Berücksichtigung angefallener Werbungskosten besteuert werden. Insbesondere wäre § 32d EStG aufzuheben und die §§ 20, 43 ff. und das InvStG wären grundlegend zu überarbeiten.

W3

W3 – Verpflichtende Einführung neutraler Bewerbungen

Antragsteller*innen: Juso-AG NordOst

Weiterleitungen: Juso-Landeskonferenz;
SPD-Landesparteitag

Antragstext:

Auf dem Weg zu einer diskriminierungsfreien Behandlung von Bewerbungen in Deutschland ist es für uns Jusos Ziel, dass

- 5 1. alle Bewerbungsverfahren dahingehend anonymisiert werden sollen, dass im schriftlichen Bewerbungsteil Daten zu Name, Geschlecht, Alter, Wohn- und Geburtsort, Religionszugehörigkeit, Familienstand, Nationalität sowie Fotos in der Bewerbung nicht enthalten sein dürfen.
2. Bildungsabschlüsse ohne Angabe der Ausbildungsstätten aufgeführt werden sollen.
3. im Lebenslauf alle Zeitangaben in Anzahl der Jahre (x Jahre) und nicht in Zeiträumen (tt.mm.jjjj – tt.mm.jjjj) angegeben werden sollen.
- 10 4. Kontaktdaten, falls nicht ausreichend anonymisiert (siehe 1.), den über die Bewerbung entscheidenden Personen nicht vor Abschluss der schriftlichen Bewerbungsphase zugänglich sein dürfen.
5. sowohl Bewerbungsverfahren für Beamt*innen sowie den öffentlichen Dienst als auch in der Privatwirtschaft hiervon betroffen sein sollen.

15 Begründung:

Dem systematischen Ausschluss einer Bewerbergruppe kann so entgegengewirkt werden.

Erreicht werden soll eine Chancengleichheit, die zunächst ausschließlich auf der eigentlichen beruflichen Eignung beruht.

- 20 Zwar ist bereits ein „Leitfaden für Arbeitgeber“ von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes gegeben, allerdings dient dieser nur als Anregung für Unternehmen und nicht als verpflichtend.

W5

W5 – Kirchenaustritt vereinfachen – Austritt ohne Gebühr

Antragsteller*innen: Juso-AG Vahrenwald-Liste

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz;
Juso-Landeskonferenz; Juso-Bundeskongress;
SPD-Unterbezirksparteitag; SPD-Bezirksparteitag;
SPD-Landesparteitag; SPD-Bundesparteitag

Antragstext:

5 Die Gebühr (zwischen 10 und 31,- Euro), die momentan in allen Bundesländer (Ausnahmen Bremen und Brandenburg) beim Kirchenaustritt erhoben wird, muss mit sofortiger Wirkung abgeschafft werden.

Begründung:

10 Die Kirchensteuer an sich stellt bereits eine Unterstützung der Kirchengemeinden durch den Staat dar, die sich mit der Trennung von Staat und Kirche widerspricht.
Der Austritt aus der Kirche darf allerdings unter gar keinen Umständen mit einer Gebühr belegt werden. Momentan kostet der Austritt in Niedersachsen 25,- Euro in Bayern sogar 31,- Euro. Insbesondere für Minijobber*innen oder schlechter Verdienende kann diese Gebühr ausschlaggebend sein, um den Wunsch aus der Kirche auszutreten, nicht nachzukommen.
15 Bundesländer Bremen und Brandenburg zeigen bereits, dass es auch ohne Gebühr geht.

W9

W9 – Mehr Studienplätze und besser bezahlte Ausbildungsplätze in „Mangelberufen“

AntragstellerInnen: Juso-AG NordOst

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz

Antragstext:

Wir fordern hiermit mehr Studien- und Ausbildungsplätze sowie eine bessere Bezahlung für Berufe, die in unserem Land zu wenige potentielle Arbeitskräfte verzeichnen, um Arbeitspensum auch in den kommenden Generationen durch mehr Nachwuchs zu sichern.

5 Begründung:

Wir sind dafür, dass für Berufe, die auf dem Arbeitsmarkt einen Mangel an potentiellen Arbeitnehmern verzeichnen mehr Studienplätze bzw. mehr Ausbildungsplätze mit besserer Subventionierung geschaffen werden. Anstatt, dass fertig ausgebildete Arbeitskräfte aus dem Ausland angeworben werden um sich die Kosten der Ausbildung zu sparen. Wir sollten das Potential im Land nutzen und eine Chance geben, die Entscheidung für den Beruf seiner Wahl treffen zu können.

W10

W10 – Integration durch Arbeit - Diskriminierung verhindern

AntragstellerInnen: Juso-AG Barsinghausen

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz; SPD-Bezirksparteitag; SPD-Bundesparteitag

Antragstext:

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass der abgesenkte Beitrag der Vergütungen bei den sogenannten 1-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung) bei Geflüchteten von 80 Cent wieder auf 1,05€ die Stunde angehoben wird. Weiterhin fordern wir die Bundestagsfraktion dazu auf, die Vergütung bei 1,-Euro Jobs langfristig auf Mindestlohniveau zu erhöhen.

Begründung:

Die Absenkung des Lohnes nur bei Asylbewerber*Innen wurde damit begründet, dass externe Kosten, wie z.B. Fahrtkosten oder Arbeitskleidung in der Regel wegfallen würden, da die meisten Betroffenen den 1-Euro-Job in einer Gemeinschaftsunterkunft oder in einer ähnlichen Einrichtung ausüben würden. Dies trifft laut Statistik allerdings nur in höchstens 25% der Fälle zu.

Diese Änderung stellt eine Diskriminierung dar und erschwert die eigentlich angestrebte Integration durch Arbeit, da sich ein Teil der betroffenen Asylbewerber*Innen nun im Vergleich zu deutschen 1-Euro-Jobbern diskriminiert fühlt und unter diesen Umständen nicht mehr arbeiten möchte. Die Möglichkeit der Integration durch Beschäftigung, die in meisten Fällen zudem außerhalb der Unterkünfte in kommunalen Betrieben stattfindet, sollte nicht abgewertet oder eingeschränkt werden.

Antragsbereich: Sonstiges

X1	X1 – Wahlrecht auf 16 senken	
	AntragstellerInnen: Juso-AG Burgwedel	
	Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz; Juso-Landeskonferenz; Juso-Bundeskongress; SPD-UB-Parteitag; SPD-Bezirksparteitag; SPD- Landesparteitag; SPD-Bundesparteitag	

Antragstext:

Wir fordern hiermit, das allgemeine aktive Wahlrecht für alle in Deutschland stattfindenden Wahlen auf 16 Jahre zu senken. Hierfür werden die entsprechenden gewählten Volksvertretungen aufgefördert, entsprechende Änderungen an den Wahlgesetzen vorzunehmen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

X2

X2 – Impressumspflicht sachgerechter und rechtssicherer ausgestalten

AntragstellerInnen: Juso-AG Burgwedel

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz;
Juso-Landeskonferenz; Juso-Bundeskongress;
SPD-UB-Parteitag; SPD-Bezirksparteitag; SPD-
Landesparteitag; SPD-Bundesparteitag

Antragstext:

Wir fordern hiermit, die Impressumspflicht für Internetauftritte, insbesondere für

- private Blogger und
- private Social Media-Auftritte

5

sachgerechter und rechtssicherer auszugestalten. Es ist nicht hinnehmbar, dass insbesondere junge Menschen durch eine, für diese Generation immer selbstverständlicher werdende, Webaktivität (z.B. Facebook, Google+, Instagram, Blogging-Plattformen) derzeit erheblichen juristischen und im Ergebnis finanziellen Risiken ausgesetzt werden.

10 Im Zuge einer gesetzlichen Neuordnung sollen insbesondere private Webauftritte weitgehend von der Impressumspflicht befreit werden und die Abmahnfähigkeit für Verstöße gesetzlich ausgeschlossen oder stark begrenzt werden. Hierzu sind die einschlägigen Rechtsnormen klarer und ggf. auch rechtsprechungsbrechend neu zu fassen.

15 Die Verpflichtung zur sog. Anbieterkennzeichnung (Impressumspflicht) ergibt sich aus § 5 Telemediengesetz (TMG) sowie aus § 55 Rundfunkstaatsvertrag (RStV) und soll dem Nutzer einer Website davon in Kenntnis setzen, mit wem er es hier eigentlich zu tun hat. Im Impressum muss ferner eine korrekte Anschrift angegeben werden, unter der der Websitebetreiber tatsächlich kontaktiert werden kann. Hierdurch sollen auch rechtliche Ansprüche gegenüber dem Seitenbetreiber gerichtlich durchgesetzt werden können.

20 Ein Impressum ist nach § 5 TMG für "geschäftsmäßige Online-Dienste" erforderlich, also regelmäßig dann, wenn Inhalte, Waren oder Leistungen auf der Website üblicherweise gegen Entgelt angeboten werden, z.B. bei Online-Shops oder Web-Hostern und Softwarevermietung. Die Vorschrift des § 55 Rundfunkstaatsvertrages (RstV) stellt für die Impressumspflicht hingegen auf die Inhalte der Website ab. Danach benötigt ein umfangreiches Impressum, wer (regelmäßig) journalistisch-redaktionell
25 gestaltete Inhalte online stellt, die zur Meinungsbildung beitragen können.

Es wären daher in einem künftigen Gesetzgebungsverfahren die Abgrenzungskriterien genauer und praxistauglicher zu definieren. Insbesondere sollten einer Impressumspflicht nur Personen unterworfen werden, bei deren Webauftritten der gewerbliche/geschäftliche Charakter prägend ist, also stark im Vordergrund steht. Ebenfalls zu definieren wäre der Begriff "journalistisch-redaktionell"
30 im RStV, und zwar in einer Weise, die private Blogger und z.B. Facebook-Nutzer rechtssicher hiervon ausklammert.

Der Gesetzgeber sollte regeln, dass Verstöße gegen die Impressumspflicht nicht abmahnfähig sind bzw. nur dann, wenn missbräuchlich gegen diese Pflichten verstoßen wird oder zusätzlich andere wesentliche Verstöße begangen werden.

5 **Begründung:**

Zunächst ist anzumerken, dass immer noch vielen Menschen die Impressumspflicht nicht bekannt ist. Insbesondere von jungen Menschen, die ihre ersten Schritte im Web machen, kann ein solches rechtliches Bewusstsein auch nicht abverlangt werden, insbesondere da es über Blogging-Software, Foren-Software und Blog-Hoster (z.B. Blogger.com), aber auch durch Social-Media-Angebote (z.B. Facebook), noch nie so einfach und verlockend war, einen eigenen, regelmäßig aktualisierten Webauftritt zu unterhalten.

Für die Praxis folgen hieraus seit Jahren ungeklärte Rechtsfragen. Sind beispielsweise jugendliche Blogger als Anbieter regelmäßiger journalistischer Inhalte anzusehen? Ist eine Impressumspflicht nach TMG für alle Blogger einschlägig oder nur für Blogger mit bestimmter Reichweite? Unterliegt bspw. ein engagierter Juso, der seine politischen Sichtweisen täglich auf Facebook postet und nebenbei noch regelmäßig Links zu seiner Lieblings-Cocktailbar, seinem Lieblingskino etc. teilt, einer Impressumspflicht? Kann die Frage nach der Reichweite bei einem Facebook-Auftritt überhaupt im Vorfeld erkannt werden (Stichwort: "shit-storm"). Nach welchen Kriterien wäre zu entscheiden, ob Inhalte im Internet belanglos sind oder die Grenze zum journalistisch „wertvollen“ Inhalt erreicht ist?

Zwar sind rein private Webseiten von der Impressumspflicht ausgenommen, da § 5 TMG grundsätzlich nur geschäftsmäßigen Online-Diensten die Impressumspflicht auferlegt und auch § 55 RStV davon ausgeht, dass bei Webseiten, die ausschließlich persönlichen oder familiären Zwecken dienen, kein Impressum notwendig ist.

Doch ist die Rechtsprechung hier teilweise sehr streng und wertete schon das Vorhandensein eines Werbebanners auf der Webseite oder die Teilnahme an einem Affiliat-Programm als nicht mehr rein privaten Webauftritt.

Diese Sichtweise ist allerdings völlig untauglich. Gerade im privaten Bereich besteht oft die Notwendigkeit günstigen Webspace zu nutzen, auf dem der Anbieter dann oftmals Werbung schaltet. Auch in sozialen Medien liegt es oft überhaupt nicht in der Hand des Nutzers in welchem Umfang hier Werbung eingeblendet wird. Besonders artifiziell wird dies, wenn mit der Werbung keine oder nur minimale Umsätze generiert werden.

Gleiches gilt für Blogger und Forenbetreiber, da diese rechtssicher wohl nur von der Impressumspflicht ausgenommen sind, wenn ihr Webauftritt sich auf rein private und familiäre Inhalte beschränken.

Die geradezu groteske Gesetzeslage lässt sich übrigens daran festmachen, dass ein Blog, welches man als journalistisch-redaktionell einstuft, verpflichtet wäre einen voll geschäftsfähigen Verantwortlichen im Impressum anzugeben. Was dies für einen jugendlichen Blogger für rechtliche Konsequenzen hat ist völlig ungeklärt (quasi Blogging-Verbot, da nicht voll geschäftsfähig?).

Das Kernproblem der vorgenannt dargestellten Rechtsunsicherheiten ist, dass Verstöße gegen die Impressumspflicht in den letzten Jahren massenhaft abgemahnt wurden. Oft auch zu Lasten von Jugendlichen. Aber auch hier ist die Rechtsprechung nicht einheitlich. Einige Gerichte vertreten die Auffassung, dass bei fehlendem oder unvollständigem Impressum ein Rechtsverstoß vorliegen soll, während andere Gerichte (bestimmte) Verstöße gegen die Impressumsvorschriften für nicht abmahnfähig halten.

Das bisher geschilderte Risiko privater Internetauftritte wird ferner dadurch verstärkt, dass auch für die Platzierung des Impressums strenge Anforderungen gelten. Das Gesetz bestimmt, dass die Angaben „leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar“ sein sollen. Es wird daher in der Fachliteratur dazu geraten die Angaben in einem eigenen Menüpunkt in der Navigation einzubinden, der von jeder Unterseite aus zu erreichen ist und explizit mit „Impressum“ oder „Anbieterkennzeichnung“ betextet wird.

Auch dies führt in der Praxis immer wieder zu Abmahnrisiken. Beispielsweise hat Facebook erst im letzten Jahr durch ein “Update” auf vielen Präsenzen “quasi über Nacht” versehentlich den jeweiligen Impressum-Link “verschwinden” lassen. Auch ist es im Zusammenhang mit sog. responsive Design, also dem Erstellen von Internetauftritten die sich an die Größe von PC-Monitoren, Tablets und kleinen Smart-Phones individuell anpassen, völlig praxisfern zu fordern, ständig einen immer und sofort erreichbaren Link zum Impressum vorfinden zu können.

Gleichermaßen ist es für jugendliche Blogger und Social-Media-Auftritte unrealistisch, wie regelmäßig von Gerichten gefordert, neben der E-Mail-Adresse auch noch eine Telefonnummer anzugeben. ***Gerade für engagierte Jugendliche die sich online gegen rechte Hetze oder andere kontroverse Themen engagieren, sollten vom Gesetzgeber davor geschützt werden, derartige Informationen veröffentlichen zu müssen oder sich andernfalls dem Risiko einer (dann oft auch nur rechtsmissbräuchlich angewandten) Abmahnung ausgesetzt zu sehen.***

Das Ziel einer begründeten Rechteverfolgung ist, wie die vielen Abmahnungen wegen fehlender Anbieterkennzeichnungen ja zeigen, auch ohne diese extensive Impressumspflicht möglich.

X3

X3 – Einführung des Tags der Befreiung als gesetzlichen bundesweiten Feiertag

AntragstellerInnen: Juso-AG NordOst

Weiterleitungen: Juso-Bezirkskonferenz;
Juso-Landeskonferenz; SPD-Bezirkskonferenz;
SPD-Landeskonferenz

Antragstext:

Wir fordern die Einführung des Tags der Befreiung am 8. Mai als gesetzlichen bundesweiten Feiertag.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

INI**Initiativantrag „Mobilfunkmasten für Wunstorf“**

AntragstellerInnen: Jusos MOZ

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

5 Schnellstmöglich soll alle politische Macht darauf verwendet werden in Wunstorf Mobilfunkmasten aufzustellen, um eine reibungslose Datenübertragung zu ermöglichen. Des Weiteren ist der Juso Unterbezirksvorstand in Zukunft damit zu beauftragen dieses bei folgenden Konferenzen im Vorhinein zu tätigen.

Begründung:**Könnte euch per E-Mail zugegangen sein – oder auch nicht.**